

JAHRESBERICHT 2006



Liebe Leserin, lieber Leser,

vor Ihnen liegt die vierte Ausgabe des Jahresberichts des Statistischen Bundesamtes. Er dokumentiert den Stand und die Entwicklung unseres Leistungsangebotes im Jahr 2006. Zwei Interviews mit externen Fachleuten vermitteln Hintergrundwissen zu Themen aus der aktuellen politischen Diskussion. Ein eigenes Kapitel zur Verwaltungsmodernisierung gibt Aufschluss darüber, unter welchen Rahmenbedingungen Aufgaben und Dienstleistungen unseres Amtes erbracht wurden.

Experten unseres Hauses haben sich mit Anforderungen auseinandergesetzt, die künftig an die amtliche Statistik gestellt werden: der Globalisierung und dem zunehmend spürbaren demografischen Wandel, einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, welche die Abhängigkeit von Wirtschaftsleistung und Umweltverbrauch verdeutlicht, und dem Übergang zu einer Wissensgesellschaft, die eine Weiterentwicklung des statistischen Informationsangebotes erfordern wird.

Eines der zentralen Projekte der amtlichen Statistik in den kommenden Jahren wird die für den Zeitraum 2010/2011 geplante erste registergestützte Volkszählung sein. Durch den Methodenwechsel wird der durch Stichproben ergänzte Zensus wesentlich belastungsärmer und kostengünstiger ausfallen als eine herkömmliche Zählung. Auch die Reform der Unternehmensstatistiken soll in wenigen Jahren abgeschlossen sein. Eine registergestützte Statistik eröffnet den Weg zu höherer Produktqualität bei gleichzeitiger Begrenzung der Belastung von Auskunftspflichtigen auf ein Minimum.

Die Bundesregierung hat im April 2006 beschlossen, das in mehreren europäischen Ländern bereits etablierte Standardkosten-Modell auch in Deutschland einzuführen. Mit diesem Modell sollen subjektive Einschätzungen zur Bürokratielast durch objektive Messungen ersetzt



werden. Das Statistische Bundesamt ist mit der praktischen Umsetzung beauftragt worden und konnte noch Ende 2006 an den Standorten Wiesbaden und Bonn die Arbeiten in vollem Umfang aufnehmen.

Mit einer Vielzahl von relevanten Informationen leistete das Statistische Bundesamt seinen Beitrag zu den aktuellen Themen der politischen Reformdiskussion: mit neuen Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung, einer Bestandsaufnahme des Bildungswesens, Armutsindikatoren aus der Gemeinschaftsstatistik der EU, einem Preismonitor zur Mehrwertsteuererhöhung, mit Daten zur Verwendung klimawirksamer Stoffe und einer Waldgesamtrechnung, auf den heutigen Informationsbedarf zugeschnittenen Ergebnissen über Arbeitskosten und -verdienste, einem erweiterten Datenangebot zur Kindertagesbetreuung und neuen Erzeugerpreisindizes für den Dienstleistungsbereich.

Wer wirklich mitreden und sachgerecht entscheiden will, muss die Fakten kennen. Der Statistische Beirat hat dies auf den Punkt gebracht: Informiert sein, Statistik nutzen!

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Walter Radermacher".

Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes



6 Information im Dienst der Kunden

- 7 Pressearbeit
- 9 Internetbasierte Angebote
- 12 Publikationen
- 15 Auskunftsdienste
- 16 EDS Berlin und i-Punkt
- 18 Angebote für die Wissenschaft
- 20 Messen

22 Wir beschreiten neue Wege

- 23 Standardkosten-Modell
- 24 Interview mit Dr. Beus, Staatssekretär im Bundeskanzleramt
- 25 Zensus 2011
- 26 Ökonometrische Prognoseverfahren für die Erwerbstätigenrechnung
- 28 Mikrozensuspanel
- 30 Web-basierte Kartografie
- 32 Wissenschaftliches Kolloquium 2006

34 Modernisierung der amtlichen Statistik

- 35 Empfehlungen des Statistischen Beirates
- 37 Interview mit Professor Dr. Stäglich, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- 39 Reform der Unternehmensstatistik
- 41 Neues Verdienststatistikgesetz
- 43 Qualitätsstandards
- 44 Informations- und Wissensmanagement
- 46 Aus- und Fortbildung

48 Internationale Aktivitäten

- 49 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007
- 50 Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems
- 52 Internationale Arbeitsteilung
- 53 Leben in Europa
- 54 Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen
- 56 Twinning-Projekte

58 Meilensteine der fachstatistischen Arbeit 2006

- 59 Neue Bevölkerungsvorausberechnung
- 61 Familien und Kinder
- 62 Arbeitsmarkt
- 65 Gesundheitswesen und Bildung
- 66 Konjunkturmotor Export
- 68 Umwelt

74 Personal und Haushalt

- 75 Personalstruktur im Wandel
- 77 Haushalt und Ressourcen
- 79 Gesamtsanierung
- 80 Interview mit der Gleichstellungsbeauftragten und der Vertrauensfrau des Statistischen Bundesamtes, Ulrike Dausmann und Anne Falter-Leitzen
- 82 Organisationsstruktur



Information im Dienst der Kunden

Täglich präsent – die Pressearbeit des Statistischen Bundesamtes

Sie sind das wichtigste Medium der Pressearbeit: die Pressemitteilungen. Fast 600 von ihnen versendete das Statistische Bundesamt im Jahr 2006 an Nachrichtenagenturen, Medien und die interessierte Öffentlichkeit. Durchschnittlich zwei Meldungen pro Wochentag informierten jeweils sachlich, neutral und unabhängig über die neuesten Ergebnisse aus den Statistiken – via Satellit, über das Internet oder mit dem E-Mail-Newsletter.

Auf besonders große Resonanz stießen im Jahr 2006 Mitteilungen zum Thema Bildung, wie die erstmals vorgelegten OECD-Bildungsindikatoren für Deutschland in einer Gliederung nach Bundesländern. Ebenso häufig zitierten Zeitungen, Funk und Fernsehen Zahlen zum Gesundheitssystem und zu den Sozialsystemen, zu Lebensformen und Familien, zu den Kosten von Kindern oder zur Zahl der Deutschen, die ausgewandert sind.

Dauerbrenner waren 2006 erneut Mitteilungen zum Wirtschaftswachstum, zum Außenhandel und natürlich zu den Verbraucherpreisen. Die Ergebnisse halfen, öffentliche Debatten zu versachlichen, oder trugen neue Aspekte bei. So sind beispielsweise die Flugpreise in den vergangenen sechs Jahren vor allem aufgrund von zusätzlichen Gebühren zum Ticketpreis, wie dem Kerosinzuschlag, gestiegen. Auch als das Statistische Bundesamt den Preismonitor vorstellte, mit dem sich Verbraucher selbst über Preisentwicklungen bestimmter Produkte im Vorfeld der Mehrwertsteuererhöhung informieren konnten, war das Medienecho groß: Monatlich berichtete etwa das Morgenmagazin des ZDF über den Preismonitor.

Wussten Sie, dass sich am Vatertag die meisten alkoholbedingten Verkehrsunfälle ereignen? Solche einprägsamen Ergebnisse werden immer dienstags mit der „Zahl der Woche“ veröffentlicht, oft zu einem aktuellen Anlass. Auch die Pressemitteilungen zur Fußball-Weltmeisterschaft mit länderspezifischen Fakten zu den Gegnern der deutschen Mannschaft lösten eine beachtliche Resonanz aus.

Fast 600 Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes gingen im Jahr 2006 an Nachrichtenagenturen



Im Scheinwerferlicht – Pressekonferenzen stellen zentrale Ergebnisse vor

Sie sind die Königsdisziplin der Pressearbeit: die Pressekonferenzen. Mit ihnen stellt das Statistische Bundesamt zentrale neue Ergebnisse vor – in der Bundespressekonferenz in Berlin oder im Presseclub in Frankfurt am Main. Mit 16 Veranstaltungen gab es 2006 mehr Pressekonferenzen und -gespräche als in den Vorjahren (2005: 13; 2004: 12). Besonders groß war der Andrang im Juni bei der Pressekonferenz zum Mikrozensus. Neben den Ergebnissen zu den Haushalten und zur Gesundheit wurden erstmals Zahlen zum Migrationshintergrund der Bevölkerung veröffentlicht, die ein breites Medienecho auslösten.

Was kostet Arbeit in Deutschland? Diese Frage beantwortete eine Pressekonferenz im August. Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich kostete die geleistete Arbeitsstunde im Jahr 2004 durchschnittlich 28,18 Euro. Interessante statistische Ergebnisse wurden auch auf den übrigen Pressekonferenzen vorgestellt: So zum Beispiel im November, als die neue 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt wurde. Oder im Dezember, als das Statistische Bundesamt über eine neue Statistik zu Armut und Lebensbedingungen in Deutschland informierte, deren Ergebnisse EU-weit vergleichbar sind.

Aber nicht nur bei seinen eigenen Pressekonferenzen stand das Statistische Bundesamt 2006 im Scheinwerferlicht. Experten des Statistischen Bundesamtes waren auch bei Pressekonferenzen anderer Institutionen gefragt, unter anderem bei einer Pressekonferenz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Das zentrale Ergebnis der dort vorgestellten Studie zur Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken: Entgegen der landläufigen Meinung macht der Zeitaufwand der Unternehmen für die Erfüllung amtlicher Statistikpflichten im Durchschnitt nur eine Stunde pro Monat aus.



Mit Spannung erwartet: Präsident Walter Radermacher informiert Journalistinnen und Journalisten über das Bruttoinlandsprodukt 2006



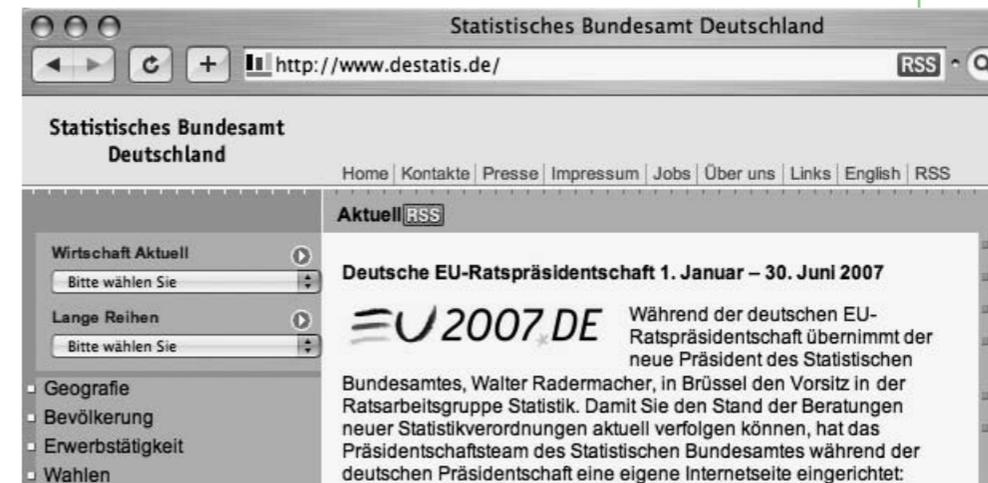
Website wichtigste Informationsquelle für Statistikkunden

Über zwei Millionen Seitenabrufe pro Monat zeigen, dass sich das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes als Informationsquelle großer Beliebtheit erfreut. Texte, Tabellen und Schaubilder geben einen schnellen Überblick. Interaktive Grafiken ergänzen die traditionellen Darstellungsformen und animieren zu Experimenten: So kann zum Beispiel mit Hilfe eines kleinen interaktiven Programms getestet werden, wie stark die persönliche Teuerungsrate aufgrund der individuellen Kaufgewohnheiten von der amtlich ermittelten durchschnittlichen Teuerungsrate abweicht.

Seit Mitte 2006 informiert der sogenannte „Preismonitor“ im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 monatlich über die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen, die von deutschen Haushalten häufig gekauft werden.

Mit den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurde die interaktive Bevölkerungspyramide zugleich auf einen neuen technischen Standard gebracht und mit erweiterten Funktionalitäten ausgestattet, die den Nutzwert dieser populären Anwendung noch einmal deutlich gesteigert haben.

Seit Oktober 2006 können sich unsere Kunden schnell und komfortabel durch einen neu eingerichteten RSS-Newsfeed über Aktuelles auf der Website www.destatis.de unterrichten lassen.



Die Website des Statistischen Bundesamtes: Neben aktuellen Daten finden Nutzer interaktive Angebote und erhalten Informationen über einen RSS-Newsfeed

Neuer Internetauftritt im Sommer 2007

Das rasch wachsende Datenvolumen und das Streben, im Statistischen Bundesamt nach einheitlichen redaktionellen Standards zu arbeiten, haben die Einführung eines Content-Management-Systems notwendig gemacht, mit dem zukünftig auch der Internetauftritt gepflegt wird.

Die Umstellung wird dazu genutzt, eine neue thematische Navigationsstruktur einzuführen und die einzelnen Themenübersichtsseiten stärker an den Nutzerbedürfnissen auszurichten. Auch die gesetzliche Vorgabe der Barrierefreiheit des Internetangebotes ist mit dem neuen System leichter zu realisieren. Die Freischaltung des neuen Systems erfolgt im Sommer 2007.

Umfassendes Downloadangebot

Im Statistik-Shop, der Online-Vertriebsplattform zum Bestellen von Print-Publikationen und zum Herunterladen von Veröffentlichungen, werden seit Anfang 2006 Downloads kostenfrei angeboten. Über die Fachserien hinaus, die bereits seit der Neugestaltung des Statistik-Shops im Jahr 2004 kostenlos bezogen werden können, gilt dies auch für Querschnittsveröffentlichungen wie beispielsweise Blickpunktbande und ganz neu für das Statistische Jahrbuch. Ausgenommen von dieser Regelung sind lediglich einige wenige Veröffentlichungen, zum Beispiel Bund-Länder-Gemeinschaftsveröffentlichungen.

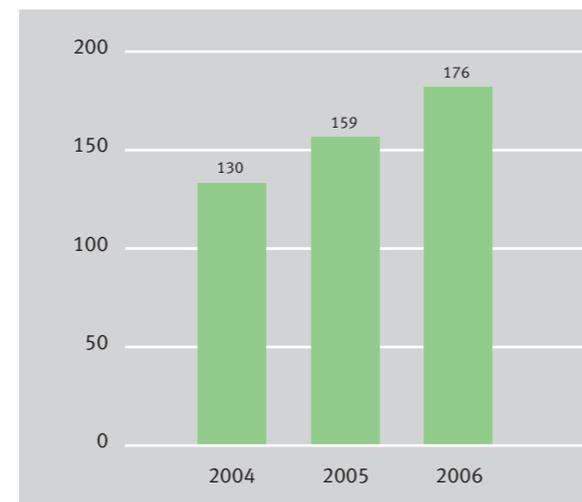
Das Ziel des neuen Vertriebskonzeptes, durch kostenfreie Downloads die Verbreitung unserer Daten signifikant zu steigern, wurde erreicht. Durch die größere Aktualität der Online-Daten und deren Kostenfreiheit wurden neue Zielgruppen erreicht. Da der Abruf kostenloser Downloads keine Registrierung erfordert, ist eine wichtige Hemmschwelle zur Nutzung des Shop-Angebotes weggefallen.

Dies erweitert den Nutzerkreis unserer Veröffentlichungen und Ergebnisse insbesondere um Gelegenheitsnutzer wie Schülerinnen und Schüler und Studierende sowie kleine Unternehmen. Da die Fachabteilungen im Kundenkontakt zunehmend und dezidiert auf das Datenangebot im Statistik-Shop hinweisen, werden auch Entlastungseffekte in den Fachauskunftsdiensten erreicht.

GENESIS-Online mit umfangreichem Metadatenangebot

Zielgruppe von GENESIS-Online, der Auskunftsdatenbank des Statistischen Bundesamtes, sind weniger die Gelegenheitskunden als vielmehr professionelle Statistiker. Hier können auf den eigenen Bedarf zugeschnittene Ergebnistabellen in verschiedenen Datenformaten heruntergeladen werden. Es stehen rund 60 Mill. Werte aus 140 Statistiken zur Verfügung. Das online abrufbare Datenangebot wird laufend erweitert und aktualisiert.

Tabellenabrufe in GENESIS-Online pro Jahr (in Tsd.)



Das gilt auch für das umfangreiche Metadatenangebot, das im Jahr 2006 um die sogenannten „Qualitätsberichte“, also umfassende Angaben zur Qualität und Methodik der Statistiken, erweitert wurde.

Mit dem inhaltlichen Ausbau der Datenbank geht eine steigende Nutzung einher. Insgesamt 2900 registrierte Kunden nutzten zum Jahresende 2006 gegen eine jährliche Gebühr von 50 Euro das gesamte Datenangebot von GENESIS-Online. Für professionelle Nutzer, das sind vor allem kommerzielle Weiterverarbeiter, Banken, Verbände und Forschungseinrichtungen, bietet GENESIS-Online gegen eine höhere Gebühr ein erweitertes Angebot, das beispielsweise eine standardisierte Übernahme der Datenbestände in eigene Datenbanken erlaubt. Seit 2006 haben diese Geschäftskunden durch sogenannte Web Services die Möglichkeit, ihre Datenabrufe über ihre Softwaresysteme zu automatisieren.

Über die GENESIS-Web Services ist es so möglich, jederzeit die individuell benötigten Daten aktuell über das Internet zu beziehen.

Gastnutzer haben einen freien Zugang zum kostenlosen Tabellenangebot und können Datenrecherchen vornehmen. 161 000 Gastzugriffe im Jahr 2006 zeigen, dass das Angebot zur Online-Recherche gut angenommen wird.

Zur kundenorientierten Weiterentwicklung von GENESIS-Online werden im Statistischen Bundesamt regelmäßig Nutzerkonferenzen durchgeführt, über die wir Kundenbedürfnisse in die Planungen einfließen lassen.



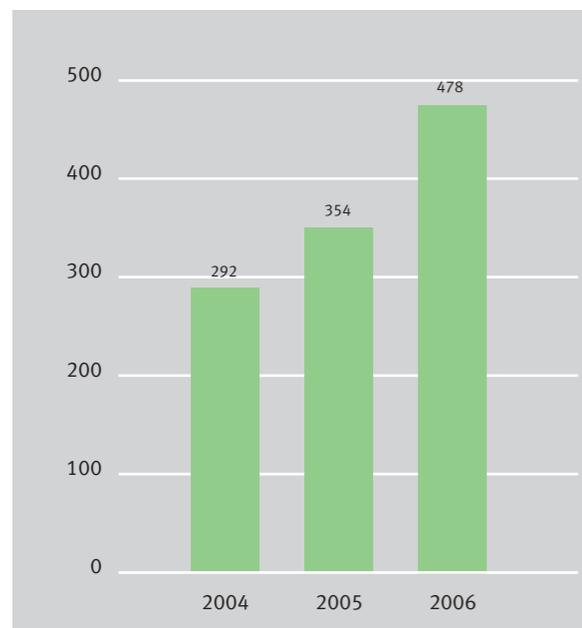
Gesundheitsinformationen barrierefrei im Internet

Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) präsentiert sich seit Ende März 2006 mit neuer Oberfläche im Internet (www.gbe-bund.de). Es soll möglichst allen Menschen den Online-Zugang zu den vielfältigen Daten ermöglichen, also auch sehbehinderten und motorisch eingeschränkten Personen. Hierzu wurden unter anderem die Grafiken und Tabellen mit erklärenden Texten versehen, die automatisch von sogenannten Screen-Readern vorgelesen werden können. Sprachwechsel, vor allem zwischen Englisch und Deutsch, sind durchgängig markiert und die Navigation funktioniert mit der Tastatur genauso gut wie mit der Maus.

Mit Zahlen und Hintergrundinformationen aus rund 120 gesundheitsbezogenen statistischen Quellen bietet das Informationssystem seinen Nutzern schon seit vielen Jahren einen umfassenden Überblick über das Gesundheitswesen in Deutschland.

Dazu hat sicherlich auch die moderne, leicht zu bedienende Oberfläche beigetragen. Seit der Freischaltung der neuen Version werden pro Monat durchschnittlich rund 500 000 Seiten im GBE-Informationssystem aufgerufen, davor lagen die Seitenaufrufe um gut 100 000 Seiten niedriger.

Durchschnittliche monatliche Internetabrufe im Informationssystem der GBE (in Tsd.)



Print-Publikationen: Klassiker und Neuheiten

Das Statistische Jahrbuch ist einer der „Klassiker“ unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes. Seit vielen Jahren ist es das Standardwerk für alle, die sich jährlich objektiv über Zustand und Entwicklung unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt informieren wollen. Mit der Ausgabe 2006 bietet das Statistische Bundesamt seinen Nutzern den Inhalt des Statistischen Jahrbuches erstmals vollständig zum kostenfreien Download im Internet an. Zu den wichtigsten Neuheiten im Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes zählte 2006 die Publikation „Die Bundesländer: Strukturen und Entwicklungen“. Mit leicht verständlichen Texten, einer Vielzahl von Grafiken und kurzen Tabellen zeichnet diese moderne Publikation ein vielfältiges Bild der föderalen Landschaft in Deutschland. Sie wurde zum Download-Renner des Jahres.

Ebenfalls einzigartig im Jahr 2006 war die Vielfalt der Veröffentlichungsreihe „Im Blickpunkt“: Neben einem breiten Spektrum statistischer Ergebnisse zum Thema Frauen in Deutschland boten die Hefte Landwirtschaft, Verkehr und Preise in dieser Reihe einen tiefen Blick auf Fachthemen. Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 wurde zum Jahresende 2006 ein weiterer Band mit dem Titel „Deutschland in der Europäischen Union“ fertiggestellt.

Datenreport 2006: Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamtes

Der seit mehr als zwanzig Jahren alle zwei Jahre erscheinende Datenreport hat sich besonders im Bildungsbereich zu einem der meistgenutzten Handbücher zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Deutschland entwickelt. Die gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) sowie dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) herausgegebene Veröffentlichung gibt Auskunft über zahlreiche Bereiche des Lebens: über die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme, die Erwerbssituation der Menschen im internationalen Vergleich, über die Einkommenssituation deutscher Haushalte oder den Umweltzustand in Deutschland. Im zweiten Teil beschreiben die genannten Partnerinstitute unter anderem die subjektive Sichtweise der Lebensverhältnisse und Lebenslagen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Der Datenreport steht sowohl als Buchausgabe wie auch als Download im Internet zur Verfügung. Mit über 100 000 Downloads und einer Gesamtauflage von 30 000 gedruckten Exemplaren hat der Datenreport von allen Publikationen des Statistischen Bundesamtes die größte Reichweite.



Neue Bund-Länder-Publikationen

Die Zahl und das Themenspektrum der Bund-Länder-Gemeinschaftsveröffentlichungen ist auch 2006 erweitert worden. Die Veröffentlichungen in den Bereichen „Soziales“ und „Bildung“ wurden ergänzt durch die neue Broschüre „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“, die unmittelbar am Tag nach der Veröffentlichung einer OECD-Broschüre mit internationalen Bildungsindikatoren vorlag. Die neue Gemeinschaftsveröffentlichung stellt auf 98 Seiten eine Auswahl der von der OECD definierten Bildungsindikatoren, wie beispielsweise die Bildungsbeteiligung nach Alter, die Zahl der Absolventinnen und Absolventen nach Fächergruppen oder das Zahlenverhältnis von Lernenden und Lehrkräften, auf Länderebene dar. Mit ihrer leserfreundlichen Gestaltung mit tabellarischen und grafischen Darstellungen und einer ausführlichen Kommentierung bietet sie ein aufschlussreiches Ranking der Bundesländer nach internationalen Kriterien.

Renner unter den Broschüren: Die „Fußball-WM 2006“ und „Hochschulen auf einen Blick“

Die Auslandsberichterstattung des Statistischen Bundesamtes informierte zur Fußball-WM 2006 mit einem Faltblatt über alle 32 Teilnehmerstaaten. Das Faltblatt enthielt wesentliche Eckdaten der teilnehmenden Länder: über Landesfläche, Lebenserwartung und Wirtschaftskraft bis hin zu fußballspezifischen Angaben zu WM-Teilnahmen, Erfolgen oder Rekordtorschützen. Fast 30 000 Exemplare wurden aufgelegt, die Hälfte davon von Firmen und Presse käuflich erworben. Auch als Download war das englische und deutsche Faltblatt der Renner der Saison.

Große Resonanz fand die Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“, die in kompakter Form über die Situation an deutschen Hochschulen informiert. Seit Jahren wird höheren Abschlüssen aus wirtschaftlicher und bildungspolitischer Sicht eine besondere Bedeutung beigemessen. Bildungsstatistikerinnen und -statistiker machen mit dieser Publikation wesentliche Strukturen im Ländervergleich transparent. Studienanfängerquote, Absolventenalter, Studiendauer und Betreuungsrelationen an den Universitäten werden unter anderem für die einzelnen Bundesländer aufgezeigt und die Indikatoren verständlich erläutert. Gefragte Themen, die das Statistische Bundesamt auch 2007 in dieser Form wieder veröffentlichen wird.

Neuer Preismonitor zeigt die Preisentwicklung häufig gekaufter Produkte

Mit Blick auf die Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 veröffentlichte das Statistische Bundesamt bereits Mitte 2006 einen Preismonitor im Internet. Verbraucher können sich damit unter www.destatis.de/preismonitor anhand von Grafiken über die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen informieren, die von deutschen Haushalten häufig gekauft werden.

Der Preismonitor dient einerseits zur Versachlichung der Diskussion um die Preiseffekte der Mehrwertsteuererhöhung. Andererseits sollen mit dem Preismonitor ganz allgemein die Ergebnisse der Preisstatistik besser vermittelt werden. Im Preismonitor wird die aktuelle Preisentwicklung mit der Entwicklung der Preise in den letzten sechseinhalb Jahren verglichen. Die Konsumenten werden dadurch in die Lage versetzt, eine aktuell beobachtete Preiserhöhung in Relation zu den bisherigen Preisschwankungen zu sehen.



Bei der Auswahl der Güter wurde berücksichtigt, dass im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion oft die häufig gekauften Waren und Dienstleistungen stehen, auch wenn auf diese Güter manchmal nur ein kleiner Teil der Konsumausgaben der Haushalte entfällt. Die Debatten nach der Euro-Bargeldeinführung haben gezeigt, dass die alleinige Veröffentlichung von aggregierten Zahlen zur Preisentwicklung zu Missverständnissen führen kann. Daher wird im Preismonitor die Preisentwicklung für einzelne, beispielhaft ausgewählte Güterarten konkret grafisch dargestellt. Die Konsumenten können dadurch besser nachvollziehen, dass es Güterarten mit stärkeren Preisanstiegen und solche mit schwächeren Preisanstiegen gibt, während die gesamte Inflationsrate sich als Durchschnittswert aus diesen Preisentwicklungen zusammensetzt.

Kundenmanagementsystem CONSO+ Web – Erfahrungen im erweiterten Praxisbetrieb

Über 35 000 Datenanfragen von Kunden aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und von Privatanutzern sind seit Start des Pilotbetriebes mit dem Kundenmanagementsystem CONSO+ Web beantwortet oder an die beantwortende Stelle weitergeleitet worden.

Die Kunden nutzen dabei ein Kontaktformular, über das sie die zur Bearbeitung ihrer Anfragen notwendigen Informationen bereitstellen (www.destatis.de/kontakt). Damit ist eine medienbruchfreie und effektive Bearbeitung gewährleistet.

Der Pilotbetrieb von CONSO+ Web im Statistischen Informationsservice und im Mikrozensus diente als Praxistest, um die Software an die Erfordernisse des Hauses anzupassen und weiterzuentwickeln. Seit Anfang des Jahres 2006 nutzen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbraucherpreisstatistik CONSO+ Web als Standardwerkzeug für die Bearbeitung von Anfragen und konnten mit ihren Erfahrungen zur Weiterentwicklung von CONSO+ Web beitragen. Ziel ist, das Kundenmanagementsystem in allen Fachauskunftsbereichen des Hauses einzuführen.

In den Bereichen, die jetzt schon mit CONSO+ Web arbeiten, gehören unterschiedliche Verzeichnisse oder gar Papierablagen der Vergangenheit an, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunizieren über ein einheitliches System. Damit entsteht eine optimale Basis für eine termingetreue Informationsbereitstellung.

„Thema des Monats“ – der EDS Europäischer Datenservice erweitert sein Serviceangebot

Der EDS Europäischer Datenservice ist der Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes für alle Fragen zur amtlichen Statistik der Europäischen Union (EU). Dieser kostenfreie Service wird seit Ende 2004 europaweit von 20 nationalen Statistikämtern angeboten, die in einem von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, koordinierten Netzwerk zusammenarbeiten. Im Jahr 2006 beantwortete das EDS-Team mehr als 9 000 Anfragen zur EU-Statistik und damit über ein Drittel aller im Netzwerk registrierten Anfragen. Der Großteil der Anfragen stammte von Unternehmen (53,2 %) und Bildungseinrichtungen (25,1 %). Rund jede neunte Frage betraf methodische Aspekte der Statistik.

Neben der Bearbeitung von Nutzeranfragen gehört insbesondere die Bereitstellung aktueller Informationen im eigenen europäischen Internetportal zu den Kernaufgaben des EDS. Unter www.eds-destatis.de sind alle Daten, Publikationen und Pressemitteilungen Eurostats abrufbar. Ob Zahlen zum Tourismus in der Toskana oder zum Schwefeldioxydausstoß in Schweden – die zweisprachige Webseite ermöglicht einen schnellen Zugang zu mehr als 300 Mill. Zahlen über die EU. Im Jahr 2006 erschien eine neue Rubrik: Unter dem Titel „Thema des Monats“ werden Statistiken und Publikationen zu aktuellen Themen wie zum Beispiel Klimawandel oder Mindestlöhne präsentiert.

Der EDS leistet auch einen wichtigen Beitrag bei der Entwicklung neuer Verbreitungskonzepte auf europäischer Ebene. Derzeit steht hier die Verbesserung der Eurostat Datenbankoberfläche im Mittelpunkt. Eurostat entwickelt gegenwärtig innovative Datenbankanwendungen, die es den Nutzern künftig ermöglichen werden, Daten auch in Form von Landkarten und Grafiken zu präsentieren.

Präsenz bei politischen Institutionen in der Hauptstadt – der i-Punkt Berlin

Seit 1999 unterhält das Statistische Bundesamt mit dem i-Punkt Berlin einen Informationsservice in der deutschen Hauptstadt. Er bietet Daten und Informationen der amtlichen Statistik für Regierung und Parlament, Bundesbehörden und Auslandsvertretungen, Wirtschaft und Verbände, Wissenschaft und Forschung sowie die breite Öffentlichkeit. Mit dem „Kompetenzzentrum für Statistik“ führt der i-Punkt Berlin direkt im Deutschen Bundestag ein Servicebüro, das Anfragen aus Abgeordnetenbüros, Fraktionen und wissenschaftlichen Diensten bearbeitet und so die Arbeit des Deutschen Bundestages statistisch begleitet. Jährlich beantwortet das Servicebüro über 1 000 Anfragen. Darüber hinaus steuert es seit 2006 Daten und Fakten zu den Dossiers der wissenschaftlichen Dienste bei, welche zu den Themen der Sitzungswochen angefertigt und allen Mitgliedern und Beschäftigten des Bundestages zugänglich gemacht werden. Der i-Punkt Berlin führte bei

den nach der Bundestagswahl 2005 neu konstituierten Fraktionen des 16. Deutschen Bundestages eine erneute Runde von Informationsveranstaltungen zur amtlichen deutschen und europäischen Statistik durch, an der rund 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der fünf Fraktionen teilnahmen. Eine Vielzahl von Mitteilungen zu statistischen Neuerscheinungen rundete das Engagement des i-Punkt Berlin im Jahr 2006 ab.

Im Rahmen der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des i-Punkt Berlin war die Mitwirkung an der 6. Botschafterkonferenz des Auswärtigen Amtes Anfang September 2006, an der die 226 Leiterinnen und Leiter der deutschen Auslandsvertretungen teilnahmen, ein besonderes Highlight. Im Rahmen dieser Veranstaltung stellte sich der i-Punkt Berlin mit einem eigenen Informationsstand vor und führte eine Vielzahl von Beratungs- und Kontaktgesprächen mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft. Auch beim „Tag der offenen Tür der Bundesregierung“ ist der i-Punkt Berlin traditionell als Repräsentant des Statistischen Bundesamtes vertreten.



Datenangebot für wissenschaftliche Analysen weiter ausgebaut

Das Statistische Bundesamt räumt der Wissenschaft auf gesetzlicher Grundlage einen privilegierten Zugang zu amtlichen Mikrodaten, also zu faktisch anonymisierten Einzeldaten, ein. Mit den als „Scientific-Use-Files“ bezeichneten Datensätzen aus verschiedenen Erhebungen steht den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine äußerst interessante Datenquelle mit einem hohen Analysepotenzial zur Verfügung.

Im Jahr 2006 wurde das Angebot an Scientific-Use-Files unter anderem um Angaben der Einzelhandelsstatistik 1999, der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik für das Erhebungsjahr 2002 und aus dem Mikrozensus 2004 erweitert. Darüber hinaus sind die deutschen Daten der Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen (CVTS2) aus dem Jahr 2000 und die Ergebnisse der ILO-Piloterhebung 2003/2004 als Scientific-Use-Files vorhanden. Für die Arbeiten am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz und per kontrollierter Datenfernverarbeitung kann neben den Mikrozensus der Jahre 1985 bis 2004 jetzt auch der Mikrozensus 2005 genutzt werden.

Als Angebot für Studierende halten die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein Campus-File der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 zum kostenfreien Download unter www.forschungsdatenzentrum.de bereit. Mit dem Campus-File bieten die Forschungsdatenzentren erstmals frei zugängliche Einzeldaten aus der Einkommensteuerstatistik an, mit denen das Besteuerungsverfahren nachvollziehbar ist und Simulationen durchgeführt werden können.

In Kürze werden die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auch ein absolut anonymisiertes Mikrodatenfile (Public-Use-File) der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1962/63 veröffentlichen. Mit der Rückerschließung der EVS 1962/63 erweitert die amtliche Statistik ihr Datenangebot an historischen Einzeldaten. Die im Datenfile enthaltenen 166 Merkmale geben insbesondere Informationen über die Haushaltsstruktur, die Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes, die Einkommensentstehung sowie den Besitz ausgewählter langlebiger Gebrauchs- und Konsumgüter.

Konferenzen und Workshop stoßen auf positive Resonanz

Auch im Jahr 2006 nutzte das Statistische Bundesamt eine Reihe von Veranstaltungen, um den Erfahrungsaustausch zwischen Datenkonsumenten und Datenproduzenten zu intensivieren und Forschungsergebnisse zu diskutieren.

Am 11. und 12. Mai 2006 hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) zusammen mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder die 3. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten durchgeführt. Kernthemen der von rund 250 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besuchten Konferenz waren die Weiterentwicklung der Dateninfrastruktur, die empirische Forschung und Politikberatung sowie die Möglichkeiten zur Verbesserung des Datenzugangs und der -qualität.

Seit 2006 gibt der RatSWD im Rahmen der Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten einer herausragenden Vertreterin bzw. einem herausragenden Vertreter der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung Gelegenheit, Ergebnisse ihrer bzw. seiner Arbeiten zu einem für die gesellschaftliche Entwicklung wichtigen Arbeitsfeld einem breiten Publikum vorzustellen. Die erste dieser

nach einem der Gründer des Vereins für Socialpolitik, der heutigen Fachgesellschaft der deutschsprachigen Volkswirte benannten „Von Schmoller-Vorlesungen“ hielt Prof. Reinhard Hujer, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main zum Thema „Evaluation der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland: Stand der empirischen Forschung“.

In Berlin fand am 12. und 13. Oktober 2006 der gemeinsam vom Robert Koch-Institut, dem Statistischen Bundesamt und den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder organisierte Workshop „Datengrundlagen für die Gesundheitsforschung in Deutschland“ statt. Über 100 Teilnehmende aus Politik, Wissenschaft und dem Gesundheitswesen befassten sich schwerpunktmäßig mit Themen wie Gesundheit und Alter, Gesundheit und Armut sowie Gesundheitsdaten nach Regionen, auch im internationalen Vergleich. Im Foyer des Veranstaltungsortes präsentierten das Robert Koch-Institut, die Gesundheitsberichterstattung des Bundes und die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ihr jeweiliges Datenangebot an einem gemeinsamen Stand.

Gemeinsam mit dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) veranstaltete das Statistische Bundesamt am 19. und 20. Oktober 2006 eine weitere Nutzerkonferenz. Erstmals wurden Möglichkeiten der Forschung mit Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erörtert. Vorrangiges Ziel war es, Informationen über das Analysepotenzial und die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der EVS-Mikrodaten für die Wissenschaft zu vermitteln.

Aufgrund der positiven Resonanz ist geplant, weitere Nutzerkonferenzen in regelmäßigen Abständen durchzuführen.





Messen – wichtige Eckpfeiler der Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Bundesamtes

Fachmessen, Publikumsmessen, Kongresse – das Statistische Bundesamt nutzte auch im Jahr 2006 die Möglichkeiten, vor Ort direkt mit einer interessierten Öffentlichkeit in Verbindung zu treten. Weit über eine Million Besucher kamen zu diesen Veranstaltungen.

Stehen bei Fachmessen und Kongressen ausgewählte, zum Thema der Veranstaltung passende statistische Angebote im Vordergrund, so suchen wir bei den Publikumsmessen den direkten Kontakt zu einer möglichst großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern. Ziel ist es, zu zeigen, was aus den Auskünften von Unternehmen und Privathaushalten wird, die der amtlichen Statistik gegeben werden.

Unser Smartboard, eine interaktive Projektionswand, haben wir in diesem Jahr erstmalig breit auf Messen eingesetzt. Es unterstützt uns – gerade vor einem größeren Publikum – bei der Beratung über Datenzugangswege und das Online-Angebot. Insbesondere unsere interaktiven Angebote, wie die animierten Bevölkerungspyramiden, sind zu „Hinguckern“ geworden und bringen neue Interessenten an unseren Messestand.

Auf den beiden Buchmessen in Frankfurt und Leipzig, den Publikumsmessen schlechthin, ist die Angebotspalette statistischer Informationen sehr breit angelegt. Hier wird Jahr für Jahr der Datenreport stark nachgefragt. Für die Buchmesse in Frankfurt wurde eigens im Hinblick auf das Gastland 2006 Indien die Online-Publikation Länderprofil Indien aktualisiert.

Ein Selbstläufer ist die jährlich stattfindende Bildungsmesse – dieses Jahr in Hannover. Denn der Bedarf an statistischen Informationen ist im Schul- und Hochschulbereich nach wie vor sehr groß. Eine Sonderstellung bei den Messen genießt der Moderne Staat in Berlin, ein wichtiges Forum für den Informationsaustausch zwischen Fachleuten aus Bund, Ländern und Gemeinden. Hier geht es in erster Linie darum, das Statistische Bundesamt als moder-

nen Dienstleister, der innovative Instrumente der Statistikproduktion und -verbreitung einsetzt, zu präsentieren.

Alles in allem war das Statistische Bundesamt im Jahr 2006 auf 14 Veranstaltungen dieser Art vertreten, bei einigen Messen zusammen mit einem Statistischen Landesamt oder mehreren Statistischen Landesämtern:

Teilnahme des Statistischen Bundesamtes an Messen und Informationsveranstaltungen im Jahr 2006

20.02.06 – 24.02.06	Bildungsmesse Didacta (Hannover) *
09.03.06 – 15.03.06	CeBIT Public Sector Parc *
16.03.06 – 19.03.06	Buchmesse (Leipzig) *
21.03.06 – 24.03.06	95. Bibliothekarstag (Dresden)
24.04.06 – 28.04.06	Industriemesse Hannover *
25.04.06 – 26.04.06	Effizienter Staat (Berlin)
21.06.06 – 22.06.06	Ausbildungsmesse (Wiesbaden)
26.08.06 – 27.08.06	Tag der offenen Tür der Bundesministerien (Berlin)
18.09.06 – 21.09.06	Statistische Woche (Dresden)
04.10.06 – 08.10.06	Frankfurter Buchmesse *
23.10.06 – 27.10.06	Systems (München)
30.10.06 – 31.10.06	Deutscher Handelskongress (Berlin)
08.11.06 – 09.11.06	ConSozial (Nürnberg)
28.11.06 – 29.11.06	Moderner Staat (Berlin)

* zusammen mit einem Statistischen Landesamt oder mehreren Statistischen Landesämtern



Wir beschreiten neue Wege

Das Standardkosten-Modell macht Bürokratie messbar



Die Bundesregierung will Bürokratie konsequent abbauen: Am 25. April 2006 wurde das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ beschlossen, dessen Umsetzung ein Staatssekretärsausschuss und eine Koordinierungsstelle im Bundeskanzleramt steuern. Ein Schwerpunkt ist die Einführung des Standardkosten-Modells. Mit diesem Modell sollen subjektive Einschätzungen zur Bürokratielast durch objektive Messungen ersetzt werden. Dem Statistischen Bundesamt wurde aufgrund seiner Methodenkompetenz die Durchführung der Messungen und Analysen übertragen.

Das Standardkosten-Modell ist eine international anerkannte Methode zur Quantifizierung von Belastungen durch gesetzlich veranlasste Informations- und Berichtspflichten. Zu diesen zählen alle Informationen, die für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln sind, beispielsweise Anträge, Formulare und Statistiken. Im Fokus stehen nicht die staatlich auferlegten Informationspflichten an sich. Gemessen wird der Verwaltungsaufwand, der zur Erfüllung der Informationspflichten erforderlich ist. Diesen zu verringern, ist im Sinne aller Beteiligten.

Eine Stärke des Standardkosten-Modells liegt vor allem in der kostenmäßigen Dokumentation des Auf- und Abbaus von Bürokratie. Mit der Methode können unverhältnismäßig große Lasten festgestellt und die Effizienz bestimmter Bürokratieabbaumaßnahmen ermittelt werden.

An der Einführung des Standardkosten-Modells in Deutschland ist das Statistische Bundesamt maßgeblich beteiligt. Die Methode und die Vorgehensweise wurden hier mit entwickelt und in einem Handbuch veröffentlicht, das die Umsetzung des Standardkosten-Modells in der Bundesverwaltung regelt.

In kürzester Zeit hat das Statistische Bundesamt auf die politischen Anforderungen reagiert: Ein neuer Arbeitsbereich wurde geschaffen und konnte noch Ende 2006 an den Standorten Bonn und Wiesbaden seine Arbeit in vollem Umfang aufnehmen.

Für die Erfassung der Informationspflichten hat das Statistische Bundesamt eine internetbasierte Eingabemaske entwickelt und den Ressorts zur Verfügung gestellt. Im vergangenen Sommer schulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Statistischen Bundesamt gemeinsam mit Kollegen aus dem Bundeskanzleramt mehr als 500 Angehörige der Bundesministerien in der Methodik. Mit der Messung der für die Informationspflichten jährlich aufgewendeten Zeit wurde Anfang 2007 begonnen.



Interview mit Dr. Hans Bernhard Beus, Staatssekretär im Bundeskanzleramt

Dr. Hans Bernhard Beus ist seit Oktober 2006 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Von 1979 bis 2004 war er im Bundesministerium des Innern tätig, seit 1993 als Abteilungsleiter. 2004 wechselte er in das Bundespräsidialamt. Von Januar bis September 2006 war er Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

Herr Staatssekretär, warum muss Bürokratie, bevor sie abgebaut wird, erst gemessen werden?

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine auf Einzelmaßnahmen beschränkte Rechtsbereinigung allein nicht ausreicht, um übermäßige Bürokratie und die dadurch entstehenden finanziellen Lasten für die Wirtschaft zu reduzieren. Als wesentliches Hindernis hat sich dabei erwiesen, dass bislang in Deutschland keine Methode existierte, bestehende Bürokratiekosten zuverlässig zu erfassen und für neue Gesetze sicher vorherzusagen. Deshalb gehen wir das Thema mit dem Standardkosten-Modell jetzt sehr systematisch an. Mit diesem Modell werden die Kosten gemessen, die der Wirtschaft durch die Erfüllung staatlicher Informationspflichten entstehen.

Um den Kostenabbau sinnvoll und nachvollziehbar zu gestalten, ist es wichtig, die Ursachen und die Verteilung der Belastung zu kennen. Die Ermittlung der Bürokratiekosten nach einer einheitlichen Messmethode macht jegliche Änderung an gesetzlichen Regelungen nachprüfbar und lässt Vergleiche zu. Die Messung macht es dann auch möglich, ein Ziel für den Abbau von Bürokratiekosten zu setzen und die Erfüllung dieses Ziels zu kontrollieren.

Was ist das Besondere an dem Standardkosten-Modell, das nun eingeführt worden ist?

Dieses Messverfahren haben die Praktiker in den Niederlanden bereits vor einigen Jahren entwickelt und mehrere europäische Länder setzen es inzwischen erfolgreich ein. Ein gemeinsames Methodennetzwerk gewährleistet die Weiterentwicklung und die Vergleichbarkeit der Daten zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die EU-Kommission baut bei ihrer Bürokratieabbau-Initiative ebenfalls auf dem Modell auf und wird von uns im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft aktiv unterstützt.

Das Statistische Bundesamt ist mit der praktischen Umsetzung des Standardkosten-Modells beauftragt worden. Warum fiel die Wahl auf unser Amt?

Das Statistische Bundesamt bringt für diese Aufgabe seine langjährige Erfahrung mit Erhebungen bei Bürgern und Unternehmen und sein statistisches Methodenwissen in das Regierungsprogramm ein. Seine anerkannte Unabhängigkeit, seine vorhandenen Kontakte zu Wirtschaft und Wissenschaft sowie der unmittelbare Zugriff auf andere statistische Datenbanken und Analysen machen das Statistische Bundesamt zum idealen Partner der Bundesministerien für die Bürokratiekosten-Messung. Ihr Haus ist somit für die einheitliche Anwendung der Methodik und die praktische Umsetzung des Modells zuständig und berät die beteiligten Stellen. Dies ist für das Statistische Bundesamt eine neue und anspruchsvolle Aufgabe, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherlich engagiert und sachkundig lösen werden.

Zensus 2011 gewinnt an Fahrt

Das Bundeskabinett hat am 29. August 2006 einen Grundsatzbeschluss zur Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Zensusrunde 2011 durch einen registergestützten Zensus gefasst. Damit begann für die Statistischen Ämter von Bund und Ländern die nächste Phase der Vorbereitung des künftigen Zensus, der in den kommenden Jahren eines der zentralen Projekte der deutschen amtlichen Statistik sein wird.

Im Gegensatz zu einer traditionellen Volkszählung werden bei dem geplanten registergestützten Zensus nicht mehr alle Bürgerinnen und Bürger befragt, sondern es wird eine Kombination aus Registerauswertungen – vor allem der Melderegister und der Dateien der Bundesagentur für Arbeit – und primärstatistischen Erhebungen geben. Diese Erhebungen werden entweder postalisch durchgeführt, wie im Fall der Gebäude- und Wohnungszählung, oder mittels Interview, wie im Fall der ergänzenden Stichprobenerhebung.

Durch diesen Methodenwechsel wird der Zensus mit wesentlich weniger Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger verbunden sein. Bei der Gebäude- und Wohnungszählung wird sich die Zahl der Befragten – verglichen mit einer traditionellen Volkszählung – um mehr als die Hälfte reduzieren, weil nicht mehr die Wohnungsinhaber, sondern die Gebäudeeigentümer beziehungsweise die Verwalter schriftlich befragt werden. In die Erhebung der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmale werden weniger als 10 % der Bevölkerung einbezogen.

Damit können im Vergleich zu einer traditionellen Volkszählung, bei der hunderttausende Zählerinnen und Zähler „von Tür zu Tür“ zu gehen hätten, auch deutliche Kosteneinsparungen erzielt werden. Nach ersten Schätzungen würde das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erarbeitete Modell eines registergestützten Zensus nur etwa ein Drittel der Kosten einer herkömmlichen Volkszählung ausmachen. Der Methodenwechsel entlastet also auch in erheblichem Maße die Steuerzahler.

Die Kommission der Europäischen Union hat für die nächste europaweite Zensusrunde im Jahr 2011 eine Verordnung über „EU-weite Volks- und Wohnungszählungen“ angekündigt. Damit sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, Grunddaten zur Bevölkerung nach einheitlichen Definitionen an die Europäische Union zu liefern. Dieser Satz an Grunddaten soll sich weitestgehend an den Empfehlungen der Vereinten Nationen orientieren und Merkmale aus den Bereichen Demografie, Erwerbstätigkeit, Beruf und Bildung, Haushalt und Familie sowie Wohnverhältnisse umfassen. Nach welcher Methode die Daten erhoben werden, bleibt den Mitgliedstaaten überlassen.



Zur Vorbereitung des registergestützten Zensus in Deutschland wird zunächst ein flächendeckendes Verzeichnis aller Gebäude mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften benötigt. Mit dem Aufbau des Adressbeziehungsweise Gebäudeverzeichnisses muss 2008 begonnen werden. Hierfür benötigt die amtliche Statistik eine gesetzliche Grundlage. Das Bundesministerium des Innern hat Ende 2006 einen Entwurf für ein Zensusvorbereitungsgesetz vorgelegt, welcher sich gegenwärtig im Abstimmungsverfahren befindet. Das eigentliche Gesetz zur Anordnung des registergestützten Zensus wird für Ende 2008 angestrebt.

Entwicklung ökonomischer Prognoseverfahren für die Erwerbstätigenrechnung



Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und der Reformbedarf des deutschen Sozialsystems stellen die Wirtschafts- und Sozialpolitik, vor allem die Arbeitsmarktpolitik, vor große Herausforderungen. Als eines der wichtigsten Felder der Wirtschafts- und Sozialpolitik steht der Arbeitsmarkt im Fokus der Öffentlichkeit. Ein zentraler Arbeitsmarktindikator ist die Zahl der Erwerbstätigen, die das Statistische Bundesamt monatlich als Ergebnis der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) veröffentlicht. Der Rechentermin ist so festgesetzt, dass er sowohl die Anforderungen an die Aktualität als auch die an die Genauigkeit der Ergebnisse berücksichtigt.

Mit den Ergebnissen der 2005 neu eingeführten monatlichen Arbeitsmarktstatistik nach den Standards der International Labour Organization (ILO) konnte der Time-lag zwischen Monatsbericht und Veröffentlichung der aktuellen Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung mehr als halbiert werden. Um inakzeptable Genauigkeitseinbußen zu vermeiden, wurden unter anderem mathematisch-statistische Prognoseverfahren eingeführt. Sie werden neben einer quellenbasierten Expertenschätzung als weiterer methodischer Ansatz zur Festlegung der aktuellen monatlichen Erwerbstätigenzahl verwandt und erlauben gleichzeitig, wichtige Quellstatistiken für die Expertenschätzung bis zum aktuellen Rand zu prognostizieren. Geplant ist, die derzeitig verwendeten rein zeitreihenanalytischen Verfahren (sogenannte ARIMA-Prognosen) zur weiteren Qualitätsverbesserung der Erwerbstätigenrechnung um ökonomische Modellierungen zu ergänzen.

Small-Area-Verfahren: Neue Schätzverfahren bei Stichproben

Der Einsatz von Stichproben anstelle von Vollerhebungen hat zwei entscheidende Vorteile: Zum einen werden die Auskunftspflichtigen von Befragungsaufwand entlastet und zum anderen die Erhebungskosten reduziert. Bis auf wenige Ausnahmen werden deshalb Primärerhebungen in der amtlichen Statistik als Stichproben durchgeführt. Der Einsatz von Stichproben stößt aber an Grenzen, wenn regional oder fachlich sehr tief gegliederte Ergebnisse zu erstellen sind, denn mit den klassischen Schätzverfahren können im Allgemeinen für sehr kleine Nachweisungsgruppen keine ausreichend zuverlässigen Ergebnisse erreicht werden. Eine methodische Alternative zu den klassischen Schätzverfahren bieten die in den letzten Jahren entwickelten sogenannten Small-Area-Verfahren.

Das Grundprinzip der Small-Area-Verfahren besteht darin, die Schätzung durch Verbreiterung der Schätzbasis zu verbessern. Dies kann durch die Kombination der Erhebungsinformationen mit zusätzlichen Informationen erreicht werden, die für die Grundgesamtheit oder für größere Teilgesamtheiten – beispielsweise aus Registern – zur Verfügung stehen.

Erstmals sollen die methodisch sehr anspruchsvollen Small-Area-Schätzverfahren in der deutschen amtlichen Statistik beim registergestützten Zensus 2011 eingesetzt werden, und zwar bei der Stichprobenerhebung, die im Zensus 2011 ergänzend zu den Registerauswertungen durchgeführt wird. Mit dieser Stichprobe sollen Informationen über Karteileichen und Fehlbestände in den Melderegisterdaten gewonnen sowie die nicht aus den Registern verfügbaren personenbezogenen Zensusmerkmale erhoben werden. Der Einsatz der Small-Area-Verfahren soll zuverlässige Ergebnisse in tiefer fachlicher Gliederung für beispielsweise kleine Gemeinden oder Stadtteile möglich machen. Die neuen Schätzverfahren werden im Rahmen eines Forschungsprojektes in Kooperation mit der Wissenschaft entwickelt.

Neue Auswertungsmöglichkeiten durch Umsatzsteuer- und Taxpayer-Panel

Das Statistische Bundesamt konnte 2006 mit der Entwicklung eines Taxpayer-Panels auf Basis der Daten der jährlichen Einkommensteuerstatistik seine Stellung als innovativer Informationsdienstleister weiter stärken. Über Identifikatoren lassen sich die Daten der ab dem Veranlagungsjahr 2001 jährlich zentral durchgeführten Einkommensteuerstatistik intertemporal verknüpfen. Das auf diese Weise entstehende Panel ist an Größe und Qualität einzigartig. Das Taxpayer-Panel ermöglicht beispielsweise Anpassungsreaktionen auf Steuerrechtsänderungen oder Änderungen sonstiger Rahmenbedingungen zu analysieren und ist sowohl für die politische Beratung als auch für die Wissenschaft von großer Bedeutung. Bisher wurden die Veranlagungsjahre 2001 bis 2003 miteinander verknüpft, es ist jedoch geplant, das Panel jährlich zu erweitern. Erste Ergebnisse wurden auf der Statistischen Woche in Dresden vorgestellt und stießen bei der Wissenschaft auf reges Interesse.

Auch für die Umsatzsteuerstatistik sollen neue Auswertungsmöglichkeiten durch die Verknüpfung der Daten mehrerer Jahre geschaffen werden.

Für die Verknüpfung der Umsatzsteuerstatistik zu einem Panel sollen zunächst die Daten der Berichtsjahre 2000 bis 2004 genutzt werden. Neben Merkmalen der Umsatzsteuerstatistik, wie Umsatz, Wirtschaftszweig, Rechtsform oder Gebietsschlüssel, sollen auch Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Unternehmensregister zugespielt werden.

Mikrozensuspanel

Die Gruppe „Mikrozensus“ des Statistischen Bundesamtes hat in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin, dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, sowie dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter ein Projekt zur Aufbereitung der Mikrozensus 1996 bis 1999 als Panelstichprobe durchgeführt. Finanziert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Das Mikrozensuspanel 1996 bis 1999 umfasst rund 120 000 Personen bzw. 55 000 Haushalte je Erhebungszeitpunkt und steht der Wissenschaft als faktisch anonymisierter Datensatz zur Verfügung. Für etwa 86 000 Personen liegen Informationen zu allen Erhebungszeitpunkten vor. Der Merkmalskatalog mit rund 400 Variablen umfasst unter anderem die Themenbereiche

- Demografie,
- Erwerbsbeteiligung, Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche,
- schulische und berufliche Ausbildung, Bildungsabschluss,
- Einkommen, Lebensunterhalt, Bezug öffentlicher Zahlungen sowie
- Haushalts- und Familienzusammenhang.

Im Vergleich zu anderen Panelerhebungen erlaubt der große Stichprobenumfang des Mikrozensus auch Analysen für kleine Bevölkerungsgruppen.

Zudem wird aufgrund der Auskunftspflicht im Mikrozensus eine hohe Ausschöpfung der Stichprobe (etwa 97 %) erreicht. Daher sind systematische Ausfälle durch Unit-Nonresponse von untergeordneter Bedeutung.

Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte – neue Anwendungsbeispiele

Immer häufiger werden kurzfristig Informationen zu aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen gefordert. Mit der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte verfügt die amtliche Statistik über ein Instrument, das die zügige Beantwortung solcher Fragen erleichtert. Ein aktuelles Beispiel war die Erhebung demografischer Grunddaten zur Geburtenentwicklung „Geburten in Deutschland“ im Herbst 2006.

Worum geht es bei der Dauerstichprobe? Die Dauerstichprobe besteht aus einer Datenbank von Haushalten, die sich im Anschluss an eine Mikrozensus-Teilnahme bereit erklärt haben, von Zeit zu Zeit an freiwilligen Erhebungen der amtlichen Statistik mitzuwirken. Durch die grundsätzliche Teilnahmebereitschaft der Haushalte lassen sich bei den freiwilligen Erhebungen wesentlich höhere Antwortquoten erzielen als mit traditionellen Stichprobenverfahren. Zudem liegen aus dem Mikrozensus bereits Angaben (beispielsweise zum Haushaltstyp oder zur Erwerbstätigkeit) vor, die es ermöglichen, die jeweils interessierende Personengruppe gezielt anzusprechen und die Ergebnisse präzise hochzurechnen.

Mit der Erhebung „Geburten in Deutschland“ sollen die Angaben der Geburtenstatistik um fehlende Aspekte wie Ausmaß der Kinderlosigkeit ergänzt und es sollte getestet werden, wie aussagefähig einige derzeit nachgewiesene statistische Ergebnisse sind. Beispielsweise beziehen sich die Daten zur Geburtenfolge nicht auf alle Kinder einer Frau, sondern nur auf die in ihrer aktuellen Ehe geborenen.

Zielgruppe der Erhebung waren Frauen verschiedener Altersgruppen, die um Auskunft über Geburten und Geburtenfolge ihrer Kinder sowie über ihre Vorstellungen zur Familiengründung gebeten wurden.

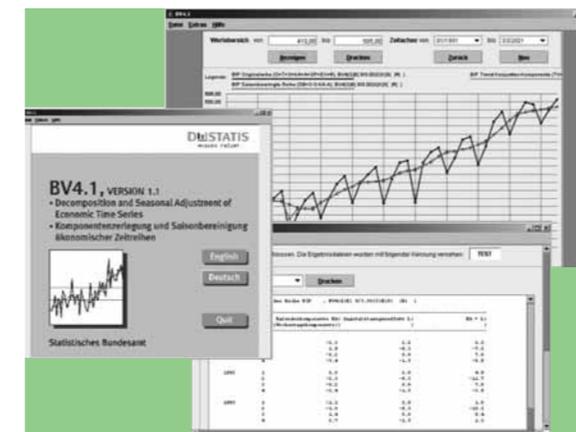
Die Erhebung „Geburten in Deutschland“ ist ein gelungenes Beispiel dafür, dass die Nutzung der Dauerstichprobe bei freiwilligen Erhebungen zu einer deutlichen Einsparung an Zeit und Kosten führt und zu einer merklichen Entlastung der Befragten beiträgt. Die positive Reaktion der Teilnehmerinnen spricht für den eingeschlagenen Weg. Weitere Erhebungen im Jahr 2007 sind bereits in Vorbereitung.

Neue Software zur Saisonbereinigung ökonomischer Zeitreihen

Für die Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Situation sind die aktuellen konjunkturell bedingten Entwicklungen wichtiger Konjunkturindikatoren (Beispiel: Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe) von entscheidender Bedeutung. Betrachtet man diese Indikatoren im Zeitablauf, sind meist saisonale, kalenderbedingte und kurzfristige Einflüsse festzustellen, die es erheblich erschweren,

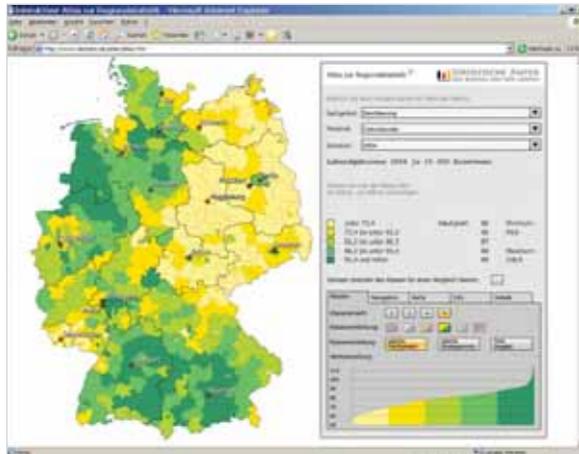
die interessierenden, auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführenden Tendenzen einzuschätzen. In diesen Situationen ist der Einsatz eines Saisonbereinigungsverfahrens ein unverzichtbares Hilfsmittel, denn damit ist es möglich, die störenden Einflüsse mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden aus den Zeitreihen herauszurechnen.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht neben Zeitreihen von Konjunkturindikatoren schon seit Anfang der 1970er-Jahre auch saisonbereinigte Ergebnisse, die es mit dem sogenannten Berliner Verfahren ermittelt. Während früher Saisonbereinigungen nur auf einer Großrechenanlage durchgeführt werden konnten, sind heute auch leistungsfähige PC-Lösungen möglich. Für die aktuelle Version BV4.1 des Berliner Verfahrens hat das Statistische Bundesamt eine PC-Software entwickelt, die es durch Verwendung erprobter Standardoptionen auch Anwendern ohne spezielle Vorkenntnisse erlaubt, qualitativ hochwertige Saisonbereinigungsergebnisse zu erstellen. Die Release-Version der BV4.1-Software steht seit Anfang 2006 zum kostenfreien Download unter www.destatis.de zur Verfügung. Die Software eignet sich für den Einsatz auf Windows-PC und ermöglicht Analysen ökonomischer Monats- und Quartalsreihen. Die Programmsteuerung erfolgt über eine anwenderfreundliche grafische Benutzerschnittstelle. Zur Veranschaulichung der Saisonbereinigungsergebnisse ist ein Grafik-Tool integriert.



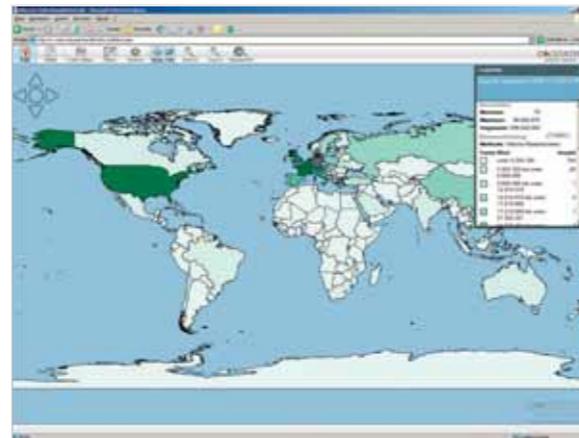
Saisonbereinigung ökonomischer Zeitreihen: ohne spezielle Vorkenntnisse können hochwertige Ergebnisse erstellt werden

Web-basierte Kartografie statistischer Daten



Interaktive kartografische Webapplikationen bilden eine sinnvolle Ergänzung des meist tabellarischen Informationsangebots der amtlichen Statistik. Die Verwendung des Raumbezuges als Visualisierungskomponente erlaubt dem Nutzer einen wesentlich schnelleren Überblick über die jeweilige Statistik und ein leichteres Erkennen räumlicher Tendenzen. So kann etwa die räumliche Verteilung von Arbeitslosigkeit durch eine thematische Karte erheblich schneller erkannt werden als durch tabellarische Darstellungen. Durch interaktive Eigenschaften, wie beispielsweise das farbliche Hervorheben von Geometrien mit bestimmten Merkmalsausprägungen, sind Statistiken zudem leicht analysierbar und einfacher zu interpretieren. Mit dem Online-Atlas zur Regionalstatistik betreiben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder seit 2004 ein interaktives kartografisches Webangebot (www.statistik-portal.de/Statistik-Portal). Gegenwärtig umfasst es mehr als 250 interaktive thematische Karten aus 16 unterschiedlichen Fachgebieten der amtlichen Statistik.

Um den Kunden Zugriff auf eine Vielzahl von unterschiedlichen statistischen Informationen zu geben und ihnen gleichzeitig ein hohes Maß an Flexibilität bezüglich der kartografischen Gestaltung beispielsweise hinsichtlich Farbgebung und Klassifizierung einzuräumen, hat das Statistische Bundesamt 2006 eine moderne Web-GIS-Infrastruktur aufgebaut, mit der alle künftigen kartografischen Internetangebote erstellt werden sollen. Den wesentlichen Bestandteil dieser neu geschaffenen Web-GIS-Infrastruktur bildet ein Internet Map Server (IMS), der die kartografischen Abbildungen erzeugt und über eine Webapplikation dem Nutzer verfügbar macht. Als erste Internetanwendung, die die sogenannte IMS-Technologie nutzt, erscheint Anfang 2007 eine Applikation zur Visualisierung der Außenhandelsstatistik. In einer Kombination aus kartografischen und tabellarischen Darstellungen wird darin der deutsche Außenhandel mit allen Partnerländern dargestellt. Der Benutzer erhält unter anderem die Möglichkeit, Exporte und Importe unterschiedlicher Waren entsprechend dem Ursprungslandprinzip sowie Handelsbilanzsalden und Wachstumsraten kartografisch darzustellen.



Aufbau eines SAS-Kompetenzzentrums

„Die Auftragseingänge in der Industrie sind vorläufigen Angaben zufolge im September gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt um 2,5 % zurückgegangen.“ „Die Preise für das Mobiltelefonieren lagen nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes im Oktober 2006 um 8,8 % unter dem Niveau von Oktober 2005.“ „Zur Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren gehören heute etwa 50 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 werden es – je nach dem Ausmaß der Zuwanderung – 22 % oder 29 % weniger sein.“ Haben Sie sich schon einmal gefragt, wie solche Informationen produziert werden, die Sie vom Statistischen Bundesamt erhalten?

Um aus Basisdaten relevante Informationen zu erzeugen, ist der Fachstatistiker gefragt. Für seine Arbeit benötigt er effiziente Werkzeuge. Seit etwa sieben Jahren ist hierfür im Statistischen Bundesamt neben anderen Produkten die Software SAS im Einsatz. Um das große Potenzial dieser Software als universell einsetzbares Auswertungswerkzeug zu nutzen, wurde in der Gruppe „IT-Nutzerservice, Statistische und Geo-Informationssysteme“ schrittweise ein Kompetenzzentrum aufgebaut. Ein Team von 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht bereit, um dafür zu sorgen, dass das SAS-Auswertungssystem permanent verfügbar ist, dass es dem wachsenden Bedarf angepasst wird und vor allem, dass die Anwender bei ihrer Arbeit umfassend unterstützt werden.



Dazu ein Blick hinter die Kulissen: „Lässt sich ein hierarchisch strukturiertes Material zum Auswerten einlesen?“ – „Wie lässt sich am besten der größte Wert ermitteln, der zu einem Tabellenfeld beiträgt?“ – „Gibt es Möglichkeiten, durch geschickte Strukturierung Speicherplatz zu sparen?“ – „Lassen sich durch eine Regressionsanalyse noch nicht gelieferte Werte für eine Vorabveröffentlichung schätzen?“ – „Wie gehe ich vor, um den Ablauf für eine komplexe Auswertung zu entwerfen?“ Auf solche Fragen finden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kompetenzzentrums schnell Antworten. Von der Nachfrage nach der Funktionalität einer speziellen Prozedur über die Problembehebung im Fehlerfall bis hin zur Unterstützung bei der Konzeption von komplexen Arbeitsabläufen steht hier ein Team von SAS-Spezialisten bereit.

Schulungen und themenbezogene Workshops sowie ein eigens auf SAS-Unterstützung ausgerichtetes Intranet-Angebot sind weitere Bausteine zum Know-How-Transfer.

Wissenschaftliches Kolloquium 2006 und Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltet das Statistische Bundesamt seit 1992 jedes Jahr Ende November ein wissenschaftliches Kolloquium, das sich als Forum für den Dialog zwischen amtlicher Statistik und ihren wichtigsten Nutzergruppen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden etabliert hat.

Das Thema des wissenschaftlichen Kolloquiums 2006, das am 23. und 24. November 2006 in Wiesbaden stattfand, lautete „Ausbildung für die Praxis? – Statistikstudium in den Wirtschaftswissenschaften“. Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Verbänden, Politik und amtlicher Statistik diskutierten dabei unterschiedliche Möglichkeiten, das Fach „Statistik“ im Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulausbildung attraktiver und praxisorientierter zu gestalten. Den Abschluss des Kolloquiums bildete eine Podiumsdiskussion zur künftigen Statistikausbildung.

Am Ende des ersten Veranstaltungstages fand traditionell die Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises statt, mit dem das Statistische Bundesamt jährlich herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit Bezug zur amtlichen Statistik auszeichnet. Der Vorsitzende des unabhängigen Gutachtergremiums, Herr Professor Brachinger von der Universität Freiburg (Schweiz) hielt die Laudationes und der damalige Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Radermacher, überreichte den Preisträgern des Jahres 2006 die Urkunden. In der Kategorie „Diplom- und Masterarbeiten“ wurde eine Untersuchung über die „Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext – Ergebnisvergleich der normalen, tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeit mit Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 auf Basis des kollektiven Modells“ ausgezeichnet. Der



Damaliger Vizepräsident Radermacher (l.), Prof. Ronning (2.v.l.) und Prof. Brachinger (r.) mit den Preisträgern des Gerhard-Fürst-Preises 2006

Gerhard-Fürst-Preis wird für herausragende wissenschaftliche Arbeiten verliehen, die entweder theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Neben dem Gerhard-Fürst-Preis wurden im Jahr 2006 auch zwei Förderpreise vergeben. In der Kategorie „Dissertationen“ erhielt eine wissenschaftliche Abhandlung zum Thema „Auswirkungen datenverändernder Anonymisierungsverfahren auf die Analyse von Mikrodaten“ den Förderpreis. Unter den eingereichten Diplomarbeiten wurde eine Ausarbeitung über „Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters: Eine empirische Analyse von Übergängen in den Ruhestand anhand des Scientific-Use-Files Versichertenrentenzugang 2004“ gewürdigt.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB zum Arbeitsbesuch im Statistischen Bundesamt

Am 31. März 2006 kam Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble zum zweiten Mal zu einem Arbeitsbesuch in das Statistische Bundesamt: Erstmals hatte er 1989 unsere Behörde besucht. Jetzt empfing ihn ein Informationsdienstleister, der es sich zum Ziel gesetzt hat, führender Anbieter hochwertiger statistischer Informationen in Deutschland zu werden. Drei Themen interessierten in diesem Zusammenhang besonders:

- Statistik und Entbürokratisierung,
- Wege zu mehr Effizienz in der amtlichen Statistik (Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik, eSTATISTIK.core, optimierte Kooperation mit den Statistischen Ämtern der Länder),
- Registergestützter Zensus im Jahr 2011.



Bundesinnenminister Dr. Schäuble (Mitte) mit Staatssekretär Hahlen (r.) und Präsident Radermacher (l.)

Wechsel in der Amtsleitung

Der Arbeitsbesuch sollte nicht die letzte Zusammenkunft der Statistiker mit ihrem obersten Dienstherrn in diesem Jahr bleiben: Am 9. Oktober 2006 empfing der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, aus der Hand von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble seine Ernennung zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Er übernahm den Aufgabenbereich von Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus, der zum 1. Oktober 2006 in das Bundeskanzleramt gewechselt war (siehe Interview auf S. 24). Staatssekretär Johann Hahlen ist nunmehr für sechs Abteilungen – „Grundsatz“, „Öffentlicher Dienst“, „Verfassungs- und Verwaltungsrecht“, „Sport“, „Verwaltungsmodernisierung“ und die „Zentralabteilung“ – verantwortlich.

Als sein Nachfolger wurde mit Wirkung vom 22. Dezember 2006 der bisherige Vizepräsident, Walter Radermacher, zum Präsidenten des Statistischen Bundesamtes ernannt. Zur Feier des Amtsleiterwechsels hatte der Bundesinnenminister für den 18. Januar 2007 in das Kasino des Statistischen Bundesamtes eingeladen. Zahlreiche namhafte Persönlichkeiten aus Verwaltung, Wissenschaft und amtlicher Statistik waren der Einladung gefolgt.



Modernisierung der amtlichen Statistik

Belastungsarme Erhebungen – Empfehlungen des Statistischen Beirates

Der Statistische Beirat – das vom Bundesstatistikgesetz eingerichtete Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik – hat auf seiner 53. Tagung am 21. Juni 2006 in Wiesbaden seine Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestags bekräftigt.

In diesem Zusammenhang stellte der Statistische Beirat in einer Pressemitteilung fest:

Die amtliche Statistik ist eine unverzichtbare Säule der Informationsinfrastruktur unseres Landes. Die amtliche Statistik liefert die notwendigen Informationen für politische und wirtschaftliche Entscheidungen, für administratives Handeln, für wissenschaftliche Analysen und für die Orientierung der Bürger. Qualitativ hochwertige amtliche Statistiken stellen daher einen bedeutsamen Standortvorteil dar und leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Der Statistische Beirat spricht sich dafür aus, dass sich Deutschland mit einem registergestützten, durch Stichproben ergänzten Zensus an der für 2010/2011 EU-weit geplanten Zensusrunde beteiligt. Ein registergestützter Zensus ist wesentlich belastungsärmer und kostengünstiger als eine herkömmliche Volkszählung. Ergänzt durch eine postalische Befragung der Gebäudeeigentümer/-verwalter und einige zusätzliche Stichprobenbefragungen ergibt ein registergestützter Zensus zuverlässige Ergebnisse.

Um dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel angemessen Rechnung zu tragen, sind Statistiken immer wieder an neue Phänomene anzupassen. Als positive Beispiele nennt der Statistische Beirat insbesondere die Erweiterung der Statistik über Kindertagesbetreuung, die Revision des Lohnstatistiksystems, die Änderungen in der Finanzstatistik und die Einführung von Erzeugerpreisindizes für den Dienstleistungsbereich.

Im Interesse einer engen Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik fordert der Statistische Beirat, die Arbeit der Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter als Daueraufgabe zu verstetigen.

Um die Belastung der Befragten zu reduzieren, empfiehlt der Statistische Beirat, alle technischen Möglichkeiten zur Vereinfachung von Erhebungen auszuschöpfen. Online-Erhebungen gehören seit Jahren zum Instrumentarium der amtlichen Statistik; insbesondere bei den zentralen Erhebungen gibt es für alle 27 internetfähigen Statistiken die Möglichkeit zur Meldung per Internet. Ab 2007 sollen Online-Erhebungen für mehr als 40 weitere Statistiken flächendeckend angeboten werden. Seit Ende 2005 werden in zunehmendem Umfang Unternehmen dadurch entlastet, dass sie ihre statistischen Daten über ein Software-Modul automatisch aus ihrem betrieblichen Rechnungswesen ermitteln und auf elektronischem Wege an eine gemeinsame Datenannahmestelle der statistischen Ämter (eSTATISTIK.core) übermitteln können.

Eine Stunde pro Monat für die Statistik

Deutsche Unternehmen, die zur amtlichen Statistik melden, wenden dafür im Durchschnitt etwa eine Stunde pro Monat auf. Mit diesem Ergebnis zeigte die im Juli 2006 veröffentlichte Studie „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), dass die „gefühlte“ Belastung durch amtliche Statistik größer ist als die tatsächliche. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie hat das DIW bei rund 75 000 Unternehmen die Belastung durch die amtliche Statistik repräsentativ ermittelt. 85 % der knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland wurden im Berichtsjahr 2004 zu keiner Erhebung der statistischen Ämter herangezogen. Um die zeitliche Belastung der 15 % zu amtlichen Statistiken befragten Unternehmen in Deutschland zu bestimmen, wurden die Ergebnisse der DIW-Erhebung anhand des Unternehmensregisters auf die etwa 528 500 Meldepflichtigen hochgerechnet. Der durchschnittliche Aufwand eines berichtspflichtigen Unternehmens lag demnach bei rund 64 Minuten im Monat.

Allerdings sind die auskunftspflichtigen Unternehmen je nach Größe und Branche sehr unterschiedlich belastet. So hatten Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten einen durchschnittlichen Meldeaufwand von einer halben Stunde im Monat. Großunternehmen ab 500 Beschäftigten kamen dagegen auf durchschnittlich zehn Stunden monatlich. Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wendeten im Mittel rund drei Stunden im Monat auf, also gut zwei Stunden mehr als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Den weitaus größten Meldeaufwand verursachte die Statistik des Außenhandels mit Staaten der Europäischen Union (Intrahandelsstatistik): Über 40 % des gesamten Statistikaufwands waren durch sie bedingt.

Allerdings konnte die DIW-Studie wichtige Schritte zur Entlastung der hier Befragten nicht mehr widerspiegeln, die inzwischen verwirklicht sind. So stieg zum 1. Januar 2005 die Anmeldeschwelle zur Intrahandelsstatistik von 200 000 Euro auf 300 000 Euro je Handelsrichtung und Jahr. Das heißt: Nur noch Unternehmen, deren Aus- oder Einfuhren in den EU-Raum einen Wert von 300 000 Euro übersteigen, sind weiterhin auskunftspflichtig. Dadurch konnten rund 15 800 Unternehmen von Berichtspflichten zur Intrahandelsstatistik befreit werden. Auch das Anfang Juni 2006 beschlossene erste „Mittelstandsentlastungsgesetz“, das vor allem den auskunftgebenden Betrieben im Verarbeitenden Gewerbe zugutekommt, konnte sich in der DIW-Studie nicht mehr niederschlagen. Die amtliche Statistik nutzt die Ergebnisse der Studie, um weiteres Entlastungspotenzial zu identifizieren.



Interview mit Professor Dr. Reiner Stäglin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Professor Dr. Reiner Stäglin gehörte von 1962 bis 2004 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) an. Im Zeitraum 1992 bis 2000 war er Präsident und Vizepräsident der International Input-Output Association und von Oktober 2000 bis September 2004 Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Seit über 30 Jahren ist er als Honorarprofessor oder Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten tätig und war von 1989 bis 2004 Mitglied im Statistischen Beirat. Mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im März 2006 wurde sein Einsatz für die amtliche Statistik im In- und Ausland gewürdigt.

Herr Prof. Stäglin, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat 2003 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ durchzuführen. Welche Gründe haben dazu geführt?

Die Diskussion über die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und Gesellschaft. Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau überflüssiger Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Die amtliche Statistik wird dabei undifferenziert zu den Bürokratielasten gezählt, und es wird eine kontinuierliche Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten gefordert. Dabei wird häufig jede Meldepflicht gegenüber amtlichen und nicht amtlichen Stellen mit Statistik gleichgesetzt. Die Untersuchung des DIW Berlin sollte zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen.

Welche konkreten Aufgaben hatte die DIW-Belastungsstudie?

Ziel der DIW-Belastungsuntersuchung war es, objektive und quantitative Informationen über die tatsächliche zeitliche Belastung der Unternehmen in Deutschland durch amtliche statistische Erhebungen bereitzustellen. Um Ansatzpunkte für eine Entlastung der Befragten und eine Verbesserung der statistischen Erhebungen zu gewinnen, sollte sie darüber hinaus die Gründe der Belastung ermitteln sowie den Meldeaufwand für amtliche Statistiken in Relation zu dem Aufwand für andere gesetzliche Melde- und Informationspflichten untersuchen. Ein weiteres Ziel war, den Nutzenaspekt der amtlichen Statistik in die bisher einseitig kosten- oder belastungsbezogene Diskussion einzubringen.

Zu welchen wichtigen gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen kommt die Studie?

Die mit Unterstützung der statistischen Ämter im Jahr 2004 durchgeführte Studie, in die alle 74 Erhebungen der amtlichen Statistik in diesem Jahr einbezogen waren, lässt erkennen, dass von rund 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland nur 15 % zur Auskunft gegenüber der amtlichen Statistik herangezogen wurden und dass der durchschnittliche Bearbeitungsaufwand im Jahr 2004 bei 12,7 Stunden je Unternehmen lag. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch große Unterschiede in der Belastung der Auskunftspflichtigen auf, und zwar in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße, vom Wirtschaftsbereich, dem die Unternehmen angehören, und von der jeweiligen Statistik. Von allen amtlichen Erhebungen stellte die Intrahandelsstatistik mit gut 40 % des gesamten Zeitaufwandes den größten Belastungsfaktor dar. Die Kosten für den gesamten Meldeaufwand der betroffenen Unternehmen zur amtlichen Statistik im Jahr 2004 lagen bei 230 Mill. Euro.

Wie ist der Zeitaufwand der meldepflichtigen Unternehmen für amtliche statistische Erhebungen im Verhältnis zu ausgewählten bürokratischen Informationspflichten zu bewerten?

Die bei den auskunftsbereiten Unternehmen durchgeführte Ergänzungserhebung des DIW Berlin ergab, dass jeweils zwischen 27 und 33% des gesamten Berichtsaufwandes der Unternehmen auf die Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder das Ausstellen von Bescheinigungen im Zusammenhang mit dem Personalwesen, dem Steuer- und Rechnungswesen bzw. der Produktion und Leistungserstellung entfielen. Nur knapp 9% der gesamten Bürokratielasten der meldepflichtigen Unternehmen wurden demgegenüber durch die Erfüllung amtlicher Statistikpflichten verursacht.

Sehen Sie bei einem Teil der Berichtspflichtigen noch Spielraum für potenzielle Entlastungsmaßnahmen?

Mit den Ergebnissen der Untersuchung konnte empirisch nachgewiesen werden, dass in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung die amtliche Statistik nicht der große Belastungsfaktor ist, als der sie in der öffentlichen Diskussion häufig dargestellt wird. Daraus folgt, dass auch eine drastische Reduzierung der statistischen Meldepflichten, wie sie manchmal gefordert wird, zu keinem schnellen und breit spürbaren Erfolg beim Abbau von Bürokratielasten führen würde. Gleichwohl können viele berichtspflichtige Kleinst- und Kleinunternehmen nicht wie größere Unternehmen die Vorteile der Kostendegression nutzen und stöhnen über die Häufung der Meldepflichten zu mehreren Statistiken. Im Sinne der Einzelfallgerechtigkeit scheint hier eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtslasten dringend geboten zu sein.

Reform der Unternehmensstatistik und Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse

Mit dem Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“ reagiert die amtliche Statistik auf Herausforderungen, die an eine moderne Unternehmensstatistik in einer Informationsgesellschaft gestellt werden.

Im Rahmen des Projekts – eines wichtigen Moduls des sogenannten „Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik“ – soll das bisherige System der Unternehmensstatistik grundlegend überprüft und an die aktuellen Anforderungen angepasst werden.

Ziel der Reform ist es, ein konsistentes System der Unternehmensstatistik zu entwickeln, mit dem fachlich und regional ausreichend tief gegliederte Ergebnisse termingerecht bereitgestellt werden, derzeit noch vorhandene Datenlücken geschlossen und die Datenqualität gehalten, wenn möglich sogar verbessert wird. Dabei ist die Reform an der Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit der Datenerstellung sowie an der politischen Vorgabe des Bürokratieabbaus und der Entlastung der Unternehmen von statistischen Auskunftspflichten auszurichten.

Zunächst wurde geprüft, in welchem Umfang die auskunftgebenden Unternehmen (durch Reduzierung der Berichtskreise und der Merkmale) entlastet werden können, ohne dass dies die Aussagekraft der statistischen Informationen spürbar verschlechtert. Die auf dieser Basis entwickelten Vorschläge wurden Ende 2005 einem repräsentativen Kreis von Nutzern in einem Workshop vorgestellt und diskutiert. Für die Konjunkturstatistiken im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe wurden deutliche Entlastungen vereinbart, die inzwischen Eingang in das erste „Mittelstandsentslastungsgesetz“ (Ge-

setz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft) gefunden haben. So werden zum Beispiel im Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe künftig nur noch Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten erfasst; bisher waren in der Regel alle Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten einbezogen. Damit werden 25 000 von bisher 48 000 Betrieben von der monatlichen Berichtspflicht befreit; sie werden ab dem Berichtsjahr 2007 nur noch jährlich und mit einem reduzierten Fragenkatalog befragt.

Auf Seiten der statistischen Ämter lassen sich dadurch zugleich Kapazitäten für bislang noch unzureichend abgebildete Wirtschaftsbereiche und neue Anforderungen freistellen. Die Entlastung der Unternehmen stellt in dem Reformprojekt aber nur einen Aspekt dar.



Weitere Leitlinien der Entwicklung eines modernen Systems der Unternehmensstatistik sind:

- Verbesserung der Kohärenz und der Konsistenz des Gesamtsystems,
- Verbesserung der Datenbasis über den Dienstleistungssektor,
- Beschränkung der Primärerhebungen auf das unbedingt notwendige Maß (verstärkte Verwendung von Verwaltungsdaten),
- Einführung effizienterer Produktionsprozesse (Wirtschaftlichkeit der Prozesse) unter Nutzung der Möglichkeiten der modernen Technik (Internet Datenerhebung im Verbund, e.STATISTIK.core),
- Stärkung der Outputorientierung des Systems durch kombinierte Nutzung aller verfügbaren Datenquellen (Methoden-Mix),
- Optimierung der verschiedenen Qualitätskriterien unter Nutzer Gesichtspunkten.

Eine Arbeitsgruppe der statistischen Ämter wird das Gesamtkonzept samt Umstellungsplan bis Ende 2009 entwickeln und den zuständigen Gremien der Bundesstatistik zur Genehmigung vorlegen. Die Umsetzung der Reform der Unternehmensstatistik soll 2011 abgeschlossen sein.

Fortschritte bei weiteren Projekten des „Masterplans“

Der „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ vom Februar 2003 ist ein strategisches Programm der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, das ihre gemeinsamen Modernisierungsaktivitäten steuert.

Neben der Reform der Unternehmensstatistik ist das Projekt „optimierte Kooperation“ ein weiterer wichtiger Bestandteil des Masterplans. Die Idee der optimierten Kooperation ist, dass ein statistisches Amt bei der Bearbeitung von Statistiken zentrale Aufgaben für andere Ämter übernimmt, wodurch sich die Zusammenarbeit insbesondere im IT-Bereich grundlegend verändert. Mit dem 2005 neu in das Bundesstatistikgesetz eingefügten § 3a wurde die rechtliche Grundlage für diese neue Form der Arbeitsteilung zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geschaffen.

Die im April 2006 in Kraft getretene Rahmenvereinbarung zu § 3a Bundesstatistikgesetz wird vom Leitgedanken der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung getragen: Um die angestrebte Arbeitsteilung erreichen zu können, sollen die Arbeitsprozesse in den statistischen Ämtern so weit wie möglich standardisiert werden. Es werden Wettbewerbselemente eingeführt, um Kostenvorteile besser zu nutzen und weitere Anreize zur Kostensenkung zu schaffen. Neu ist auch, dass die von den statistischen Ämtern erbrachten Leistungen grundsätzlich durch Zahlungen entgolten werden sollen. Der Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“ entscheidet über die Statistikvorhaben, die der Rahmenvereinbarung unterliegen, und führt die Vergabeverfahren durch. Erste Vorhaben wurden bereits in den Bereichen Berufsbildungsstatistik, Verkehrsstatistik, Verdienststatistik und Umweltstatistik vergeben.

Die optimierte Kooperation ist ein Beitrag zu noch mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit des föderalen Systems der amtlichen Statistik.

Neues Verdienststatistikgesetz – bessere Informationen bei gleichzeitiger Entlastung der Befragten

Für die Konjunktur- und Geldpolitik und für sozial- und arbeitsmarktpolitische Analysen sind Daten über Verdienste und Arbeitskosten unerlässlich. Das bisherige Lohnstatistikgesetz aus dem Jahr 1951, das die Grundlage für Arbeitskosten- und Verdiensterhebungen bildet, war nicht mehr zeitgemäß. Es fehlten insbesondere Daten über Verdienste im Dienstleistungsbereich und von Teilzeitbeschäftigten. Am 1. Januar 2007 ist das neue Gesetz über die Statistik der Arbeitsverdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz – VerdStatG) in Kraft getreten und löst das alte Lohnstatistikgesetz ab. Mit dem Verdienststatistikgesetz wird die Wirtschaft von Berichtspflichten entlastet und die statistischen Erhebungen über Verdienste und Arbeitskosten werden an den heutigen Informationsbedarf angepasst.

Die bisherige laufende Verdiensterhebung im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe für die Monate Januar, April, Juli und Oktober eines Jahres wird zu einer echten Quartalerhebung umgebaut. Die neue vierteljährliche Verdiensterhebung wird – bei unverändertem Stichprobenumfang – auf nahezu alle Dienstleistungsbereiche ausgedehnt. Es wird nicht mehr nach Arbeitern und kaufmännischen oder technischen Angestellten unterschieden und die Untergliederung nach Leistungsgruppen wird reduziert. Dafür werden die bisher nicht erfassten Teilzeitbeschäftigten in die Erhebung einbezogen. Die Arbeitsstunden aller Arbeitnehmer, nicht mehr nur die der Arbeiter, sowie Sonderzahlungen werden erfasst. Damit geht ein erheblicher Informationsgewinn einher. Aus den Quartalergebnissen werden Jahresergebnisse errechnet. Dadurch kann die Bruttojahresverdiensterhebung, bei der bisher 40 000 Betriebe befragt wurden, entfallen.

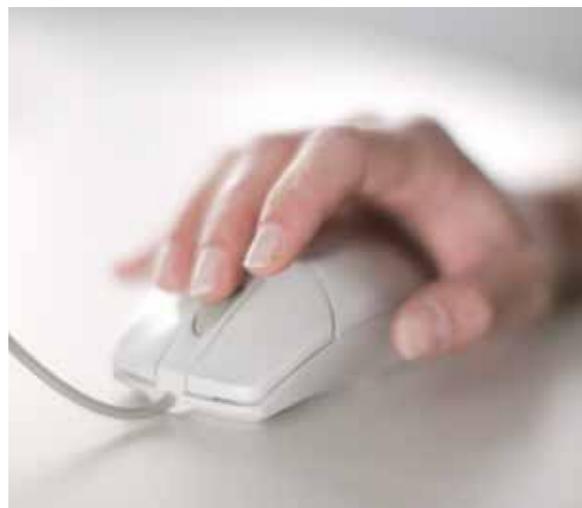


Auch auf die jährliche Verdiensterhebung im Handwerk wird verzichtet. Dadurch können weitere 27 000 Betriebe aus der Berichtspflicht entlassen werden.

Die bisher ebenfalls jährlichen Verdiensterhebungen in der Landwirtschaft werden zukünftig nur noch alle vier Jahre durchgeführt, Ergebnisse für die Zwischenjahre werden geschätzt.

Die mehrjährigen Verdienststruktur- und Arbeitskostenerhebungen werden den Verordnungen der Europäischen Union entsprechend auf nahezu die gesamte Wirtschaft ausgedehnt. Neben einer gleichmäßigeren Verteilung der Berichtspflichten wird die Wirtschaft hier durch eine erhebliche Verringerung der Erhebungsmerkmale entlastet. Bei der Arbeitskostenerhebung ist fast die Hälfte, bei der Verdienststrukturhebung etwa ein Viertel der Erhebungsmerkmale entfallen.

Ein Leitgedanke bei der Neufassung des Verdienststatistikgesetzes war, Erhebungen nur durchzuführen, soweit erforderliche Daten nicht in ausreichender Qualität auf anderem Wege gewonnen werden können. Ergänzend zu den Erhebungsergebnissen sollen vorhandene Datenquellen bzw. Berechnungsergebnisse das Datenangebot vervollständigen. Ein weiterer wichtiger Baustein zur Entlastung der Wirtschaft ist die flächendeckende Einführung der automatisierten Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen – eSTATISTIK.core – für alle Verdienst- und Arbeitskostenerhebungen. Über entsprechende Softwaremodule können die Auskunftspflichtigen ihre Angaben zur Verdiensterhebung auf Knopfdruck zusammenstellen und medienbruchfrei an die statistischen Ämter übermitteln. Alternativ wird für die vierteljährliche Verdiensterhebung auch ein Online-Fragebogen (IDEV-Internet Datenerhebung im Verbund) angeboten.



Mit welchen Produkten in die Zukunft? – Strategie und Arbeitsprogramm eng verzahnt

Die langfristigen Ziele des Statistischen Bundesamtes und seine Fortschritte auf dem Weg zum führenden Anbieter qualitativ hochwertiger statistischer Informationen in Deutschland dokumentiert der jährlich erscheinende Strategie- und Programmplan. Sein erster Teil stellt das Statistische Bundesamt, seine Rechtsgrundlagen und seine Einbindung in das deutsche und europäische statistische System dar. Teil 2 enthält die strategischen Ziele des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2004 bis 2008 „fit 2008“. Teil 3 stellt das Arbeitsprogramm für die Jahre 2006 bis 2010 dar, gegliedert nach Produktklassen. In der Ausgabe 2006 bis 2010 werden erstmals außer den Produkten auch die Kosten nachgewiesen. Als Teilnehmer am Pilotprojekt „Produkthaushalt“ des Bundesfinanzministeriums hat das Statistische Bundesamt inzwischen eine funktionierende Kosten- und Leistungsrechnung entwickelt. Gemessen wird, wie viel Ressourcen in eine Produktklasse fließen. Zum Beispiel wird transparent, was die Produktklasse Preisstatistik kostet. Die Verbindung von Programm- und Ressourcenplanung stellt sicher, dass die knappen Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen stiften.

Mit dem Strategie- und Programmplan wollen wir nicht nur die – von außen sichtbare – Statistikproduktion und -verbreitung darstellen, sondern auch einen Einblick in die internen Leistungen des Statistischen Bundesamtes geben.

Neuaufgabe der Qualitätsstandards der amtlichen Statistik erschienen

Eine Stärke der amtlichen Statistik liegt in der hohen Qualität der von ihr veröffentlichten Daten. Insbesondere ist sie den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit verpflichtet. Dazu gehört auch, transparent zu machen, wie Daten entstanden sind und was gegebenenfalls bei ihrer Interpretation zu beachten ist. Die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Veröffentlichung „Die Qualitätsstandards der amtlichen Statistik“ (Ausgabe 2006) stellt die derzeit von der amtlichen Statistik angewendeten Methoden vor und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu diesem Ziel.

Die Broschüre wendet sich gleichermaßen an Nutzer, Auftraggeber und Befragte der amtlichen Statistik. Der Leser findet beispielsweise Antworten auf Fragen wie „Welche Datenquellen verwendet die amtliche Statistik?“, „Wie werden Fragebogen in der amtlichen Statistik entwickelt und getestet?“ oder „Wie wird bei der Datenaufbereitung vorgegangen?“

Um das erreichte Qualitätsniveau auch weiterhin zu gewährleisten oder noch zu verbessern, haben die statistischen Ämter Standards festgelegt, die in allen Statistiken eingehalten werden. Die Standards orientieren sich am Verhaltenskodex Europäische Statistiken („Code of Practice“), der 2005 von der Europäischen Kommission verkündet wurde. Die Qualitätsstandards ergänzen die Qualitätsberichte, die das Statistische Bundesamt seit 2005 für alle Bundesstatistiken veröffentlicht. Die Qualitätsberichte beschreiben die Qualität einzelner Statistiken, beispielsweise hinsichtlich der Genauigkeit der Ergebnisse. Den Bericht über die Qualitätsstandards sowie die Qualitätsberichte zu den einzelnen Statistiken können Sie im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes kostenlos downloaden bzw. bestellen.

Statistisches Bundesamt baut systematische Fragebogentests weiter aus

Im Jahr 2006 ist ein europäisches Handbuch erschienen, das Empfehlungen über die bei Fragebogenentwicklung und -test anzuwendenden Methoden gibt. Es präzisiert die allgemeinen Forderungen des Verhaltenskodex Europäische Statistiken („Code of Practice“) im Bereich systematischer Pretests und ist Grundlage für die künftige Weiterentwicklung von Fragebogentests im Statistischen Bundesamt. 2006 wurde ein Pretestlabor aufgebaut, das insbesondere zur Durchführung kognitiver Interviews unerlässlich ist.

Mit dem Aufbau des Pretestlabors und der systematischen Einführung von Testverfahren kann nicht nur den eingeforderten Qualitätsstandards im Bereich Fragebogenentwicklung und -test im Rahmen des Verhaltenskodex Rechnung getragen werden. Auch der gesamte Datenerstellungsprozess wird positiv beeinflusst: Interviewer und Befragte erhalten einen verständlicheren Fragebogen, erhobene Daten sind valider, zuverlässiger und plausibler.

Informations- und Wissensmanagementsystem jetzt auch im statistischen Verbund



Innovativ ist das Statistische Bundesamt nicht nur bei der Entwicklung neuer Produkte für seine Kunden. Auch intern werden technische Modernisierungen und damit einhergehende konzeptionelle und organisatorische Verbesserungen genutzt, um die Arbeitsabläufe bei der Statistikerstellung immer effizienter zu gestalten. So unterstützt zum Beispiel das im Intranet der statistischen Ämter (StaNet) verfügbare StaNet-Portal maßgeblich die fachstatistischen Arbeitsprozesse im föderalen Statistikverbund. Als Wissensportal zur Methodik von Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gewährleistet es unter anderem, dass Methodendokumente und weitere Hilfsmittel bei der Erstellung von Statistiken allen Beteiligten einheitlich und aktuell zur Verfügung stehen.

Basis für das StaNet-Portal ist das gemeinsame Redaktionssystem im Statistischen Bundesamt, das neben den Inhalten des StaNet-Portals auch die Inhalte des Intranets und des Internet-Angebots destatis.de des Statistischen Bundesamtes verwaltet. Das Redaktionssystem ermöglicht es unseren Redakteuren, vollständig IT-gestützt zu arbeiten. Mit dem Informations- und Wissensmanagementsystem steht eine personalisierte Kommunikations- und Arbeitsumgebung zur Verfügung, die mit umfangreichen und schnell zugänglichen Informationen die Erledigung aller Geschäftsprozesse unterstützt.

Beschäftigtenstatistik online erstellen

Seit 1975 stellt die Bundesagentur für Arbeit (BA) dem Statistischen Bundesamt aus dem gemeinsamen Meldeverfahren zur Sozialversicherung vierteljährlich anonymisierte Einzeldaten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zur Verfügung. Die rund 27 Mill. Datensätze der Beschäftigtenstatistik werden gegenwärtig sowohl von der BA als auch in den statistischen Ämtern gespeichert, aufbereitet, ausgewertet und veröffentlicht. Mit dem Aufbau eines Data-Warehouse, in das die Bundesagentur für Arbeit die Daten sämtlicher bei ihr aufbereiteter Arbeitsmarktstatistiken einstellen wird, kann künftig den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder über das Internet ein geschützter Zugriff auf diese Datenbasis eingerichtet werden. Die statistischen Daten werden dort in Form kleinster Aggregate (regional bis hin zur Gemeindeebene) vorgehalten.

Die Leistungsfähigkeit der Datenbank (MOLAP-System) erlaubt zum ersten Mal, das sehr umfangreiche Datenmaterial der Beschäftigtenstatistik flexibel, effektiv und mit nutzerfreundlichem Datenzugriff auszuwerten. Den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder steht für Auswertungen die gleiche Datenbasis wie den Statistikeinheiten der BA zur Verfügung. Das erleichtert die Abstimmung und fördert die Konsistenz und die Übereinstimmung der Ergebnisse.

Hinsichtlich der Aufbereitungsmöglichkeiten von Sekundärdaten bedeutet der Online-Zugriff auf das MOLAP-System einen enormen Gewinn an Aktualität und Wirtschaftlichkeit, verbunden mit erheblichen Kosteneinsparungen im Bereich der Arbeitsmarktstatistiken.

Evaluation des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung des Bundes

Im Frühjahr 2006 haben zwei externe Firmen die neue Version des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (www.gbe-bund.de) im Auftrag des Statistischen Bundesamtes evaluiert. Dabei wurde untersucht, ob die Inhalte des Informationssystems und ihre Präsentation den Erwartungen der Nutzer entsprechen. Mit der Evaluation hat das Statistische Bundesamt Neuland betreten. Hier ein Auszug aus den vielfältigen Ergebnissen: Überwiegend nutzten die Befragungsteilnehmer das Online-Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung aus beruflichem Interesse oder aufgrund einer Aus- bzw. Weiterbildung aus privaten Gründen. Eine deutliche Mehrheit der Nutzer stufte die angebotenen Themen als wichtig oder sehr wichtig ein. Die Hälfte der befragten Nutzer haben Daten oder Informationen vermisst, häufig genannt wurden weitergehende Informationen zu Krankheiten und Heilverfahren sowie zu Kosten und Leistungen im Gesundheitswesen. Die Bedienungsfreundlichkeit und Übersichtlichkeit des Systems und die Stichwortrecherche lassen sich ebenfalls noch weiter verbessern.

Als Verbesserungen gegenüber der früheren Website wurden insbesondere die übersichtliche und ansprechende optische Gestaltung sowie die Möglichkeit, schnell auf gesuchte Daten und Informationen zuzugreifen, hervorgehoben. Die zahlreichen Verbesserungsvorschläge umzusetzen, wird Aufgabe der nächsten Monate sein.

Mitarbeiterpreis 2006

Für innovative Strategien und Entwicklungen wurde im Jahr 2006 zum zweiten Mal der Mitarbeiterpreis des Statistischen Bundesamtes verliehen. Im Rahmen des amts-internen Vorschlagswesens für neue oder verbesserte Serviceleistungen und Maßnahmen, die das Image des Statistischen Bundesamtes weiter verbessern, setzten sich zwei gruppenübergreifende Arbeitsteams „Preisstatistik besser verstehen“ und „IDEV – Internet Datenerhebung im Verbund“ gegenüber fünf weiteren Bewerbern durch. Da die Jury aus Mitgliedern des Statistischen Beirats keine Abstufung zwischen beiden Teams vornehmen wollte, überreichte der damalige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, anlässlich der Jahrestagung des Statistischen Beirats im Juni 2006 zwei Pokale.

Die Preisstatistiker wurden ausgezeichnet für die von ihnen entwickelten neuen Instrumente, die das Bild der Verbraucherpreisstatistik in der Öffentlichkeit verbessern und die Funktionsweise der Preisstatistik auf allgemein verständliche Weise erklären sollen. Vor allem sollte der Widerspruch zwischen der von der Öffentlichkeit wahrgenommenen und der gemessenen Inflation aufgeklärt werden; dies geschah unter anderem mit Hilfe des Online-Indexrechners und der Herausgabe der Broschüre „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“. Beide Produkte werden auch englischsprachig angeboten.

Das Arbeitsteam „IDEV – Internet Datenerhebung im Verbund“ erhielt den Mitarbeiterpreis 2006 für die Realisierung eines automatisierten Datenflusses zwischen Auskunftgebenden und statistischen Ämtern über das Internet. Dabei können entweder direkt elektronische Online-Formulare oder ein Dateiversand genutzt werden. IDEV bietet auch verschiedene Unterstützungsfunktionen, die den Meldeaufwand reduzieren, und ermöglicht es, interaktiv mit den Auskunftgebenden in Verbindung zu treten.

Interne Fortbildung des Statistischen Bundesamtes 2006 mit neuen Schwerpunkten

Veränderte Rahmenbedingungen und neue Ziele stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Statistischen Bundesamt ständig vor neue Herausforderungen. Mit der internen Fortbildung sucht das Statistische Bundesamt daher, die individuellen Leistungs- und Lernpotenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen hinsichtlich der Fach- und Führungskompetenzen zu erhalten und zu fördern.

Schulungen im Bereich der Informationstechnik spielen natürlich in den Fortbildungsaktivitäten eines der größten Informationsdienstleister Deutschlands eine besonders wichtige Rolle. Hier verlagert sich derzeit der Schwerpunkt der reinen „IT-Schulungen“ zunehmend zu einer „Statistischen Fortbildung unter Einsatz der IT“. 2006 fanden bereits zahlreiche Grund- und Aufbaukurse zu den Themen „Statistical Analysis System“, „Gemeinsames neues statistisches Informationssystem“, „Statistische Tabellenspezifikation“ und „Plausibilitätskontrollen“ statt.

Um die Führungs- und Leitungskompetenz weiter zu verbessern, wurden die im Jahr 2005 eingeführten Coachings für Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter und Teamtrainings für Organisationseinheiten 2006 fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) wurden zahlreiche Seminare zu Kommunikation und Konfliktlösung, zur Teamentwicklung und zu Führungsthemen für unsere Nachwuchskräfte angeboten.

Im Rahmen von Kurzveranstaltungen konnten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem über „Die Entwicklung der deutschen Bankenlandschaft“, „Die Funktion und den gesetzlichen Auftrag der Monopolkommission“ oder „Erfolgsfaktoren für Geschäftsprozess-

Optimierung in der öffentlichen Verwaltung am Beispiel der Prozessanalysen des Statistischen Bundesamtes“ informieren.

Neu eingeführt wurden „Studientage“, in denen wissenschaftliche Nachwuchskräfte ein Projekt aus ihrem Tätigkeitsbereich vorstellen. Die Zuhörerinnen und Zuhörer bekommen dabei nicht nur Einblicke in aktuelle Entwicklungen aus den verschiedenen Statistikbereichen; gleichzeitig bietet sich die Möglichkeit, neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Tätigkeiten besser kennenzulernen.

Hinzu kamen 27 Veranstaltungen im Rahmen der „Gemeinsamen Fortbildung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“, in denen erfahrene Praktiker aus allen Bereichen der Statistik ihr Wissen an Kolleginnen und Kollegen weitergeben.



Neue Wege in der Ausbildung – Projekt LernStat

Seit Februar 2006 gibt es im Statistischen Bundesamt eine eigenständige virtuelle Behörde – die sogenannte LernStat. Hier lernen die angehenden Fachangestellten für Bürokommunikation (zweites oder drittes Ausbildungsjahr) rund zehn Wochen lang die Herausforderungen kennen, mit denen Bürosachbearbeiter in den Bereichen Personal, Finanzwesen, Mahn- und Bußgeldwesen sowie in der Materialbeschaffung und Hausverwaltung der realen Arbeitswelt konfrontiert sind.

Jeweils acht Auszubildende – eingeteilt in Zweiertteams – vertiefen in dieser virtuellen Behörde die Lernziele aus der praktischen Ausbildung sowie aus dem berufsbegleitenden Unterricht. Dabei legt die LernStat den Schwerpunkt auf Teamarbeit und praxisorientiertes Handeln. Die Auszubildenden lernen, in komplexen beruflichen Alltagssituationen selbstständig Problemlösungen zu entwickeln, durchzuführen und zu kontrollieren. Sie sollen damit die Fähigkeit erwerben, sich neuen Arbeitssituationen zu stellen und flexibel auf sie zu reagieren. Zugleich bauen sie ihre Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen aus.

Fördern und Fordern stehen im Vordergrund der LernStat. Damit trägt sie dazu bei, die Auszubildenden im Statistischen Bundesamt optimal auf ihre Ausbildungsziele vorzubereiten.



Internationale Aktivitäten des Statistischen Bundesamtes

Deutsche EU- Ratspräsidentschaft 2007

Neue Aufgaben erwarten das Statistische Bundesamt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007. Präsident Walter Radermacher übernimmt den Vorsitz der Ratsarbeitsgruppe Statistik, die statistische Rechtsakte auf europäischer Ebene berät und verabschiedet. Das Statistische Bundesamt wirkt somit aktiv an der europäischen Gesetzgebung mit. Wichtige Vorhaben sind unter anderem die Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen und das Statistische Programm der Gemeinschaft für die Jahre 2008 bis 2012, die Verordnung über Migration und internationalen Schutz, die Verordnung über Energiestatistiken sowie die Verordnung über Landwirtschaftliche Betriebsstrukturerhebungen (ab 2010).



Im Statistischen Bundesamt ist eine Geschäftsstelle eingerichtet worden, die in der zweiten Jahreshälfte 2006 intensive organisatorische und fachliche Vorbereitungsarbeiten geleistet hat, um eine möglichst gute Zusammenarbeit aller Beteiligten auf nationaler und europäischer Ebene sicherzustellen. Dazu gehörte auch ein Erfahrungsaustausch mit den finnischen und österreichischen Kollegen, deren Länder im Jahr 2006 die Ratspräsidentschaft innehatten. Das offizielle Übergabetreffen der finnischen an die deutsche Ratspräsidentschaft fand am 20. Dezember 2006 in Helsinki statt.

Im Herbst 2006 legte das Statistische Bundesamt gemeinsam mit den Bundesressorts die Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik fest. Ziel ist es, die Bereitstellung verlässlicher amtlicher statistischer Informationen von hoher Qualität zu fördern, unter Beachtung der

- Nutzerorientierung statistischer Daten,
- Vermeidung übermäßiger Belastungen sowohl der Befragten als auch der nationalen statistischen Ämter,
- Kostentransparenz und Kostenwirksamkeit.

Die Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft für die Statistik baut auf den Fortschritten der vorangegangenen Präsidentschaften auf. Sie zielt darauf ab, Entwürfe von Rechtsakten abzuschließen, deren Beratungen bereits weit vorangeschritten sind, und Fortschritte bei neu eingegangenen Entwürfen zu erreichen.

Das Statistische Bundesamt hat Ende 2006 eine Internetseite in deutscher und englischer Sprache zu den Aktivitäten und Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik eingerichtet (www.destatis.de/eu2007). Hier stehen alle wichtigen Dokumente der Ratsarbeitsgruppe „Statistik“ zum Download bereit. Darüber hinaus bietet die Seite Links zu anderen wichtigen Internetseiten der Bundesregierung und der europäischen Institutionen.

Deutscher Vorsitz in der ASP-Partnerschaftsgruppe

Das Europäische Statistische System wird vom Statistischen Bundesamt aktiv mitgestaltet, so zum Beispiel in der Partnerschaftsgruppe, deren Vorsitzender von Mai 2005 bis Oktober 2006 der ehemalige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, war. Die Partnerschaftsgruppe ist ein hochrangiges europäisches Gremium auf dem Gebiet Statistik, das sich aus sechs gewählten Leitern statistischer Ämter der EU-Mitgliedstaaten und dem Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zusammensetzt. Sie bereitet die Sitzungen des wichtigsten europäischen Statistikgremiums, des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP), vor und diskutiert strategische Fragen zur Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems. Wichtiges Ziel des deutschen Vorsitzes war es, das Vertrauen in die amtliche Statistik in Europa zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern zu intensivieren. Auch eine verbesserte Programmplanung, Prioritätensetzung und Kostentransparenz standen auf der Tagesordnung. Strategische Fachthemen – wie Globalisierung – sollen künftig von der Partnerschaftsgruppe intensiver behandelt werden. Mit dem Wechsel als Staatssekretär in das Bundesministerium des Innern musste Johann Hahlen den Vorsitz der ASP-Partnerschaftsgruppe (vorzeitig) abgeben. Deutschland bleibt aber aufgrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bis Mitte 2007 Mitglied.

Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems und Modernisierung des Statistikgesetzes

Unter dem Motto „Making the System Work“ diskutierten die Leiter der Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten im September 2006 in Krakau Maßnahmen zur Steigerung der Funktionsfähigkeit des Europäischen Statistischen Systems. Der ehemalige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, zeigte in seinem Vortrag eine Reihe von Ansatzpunkten zur Steigerung der Effizienz im Europäischen Statistischen System auf.

Noch verbessern lassen sich u. a. die Prioritätensetzung, die Einbindung der Mitgliedstaaten in die statistische Programmplanung sowie die Organisation der Aus- und Weiterbildung auf europäischer Ebene. Eine neue Form der Kooperation zwischen den Statistikpartnern könnte die Übernahme von Patenschaften der nationalen statistischen Ämter für einzelne Statistikthemen darstellen.

Diese Vorschläge sollen in einen Aktionsplan von Krakau zur Zukunft des Europäischen Statistischen Systems einfließen, der den 2002 erstellten Aktionsplan von Palermo ablösen soll.

Bei der Strategiediskussion des Europäischen Statistischen Systems haben das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und die Mitgliedstaaten auch ins Auge gefasst, das seit 1997 geltende „Europäische Statistikgesetz“ (die Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken) zu modernisieren. Die Beratungen einer Task Force, geleitet vom Statistischen Amt der Niederlande und unter deutscher Beteiligung, sind bereits weit fortgeschritten. Aufgabe dieser Task Force ist es, strategische Themen wie die oben genannten im Verordnungsentwurf zu verankern und Problempunkte zwischen Eurostat und den Mitglied-



staaten zu klären. So soll u. a. der Austausch von Einzel- und Daten zwischen den Partnern im Europäischen Statistischen System erleichtert werden und eine stärkere Mitsprache der Mitgliedstaaten bei der statistischen Programmplanung auf europäischer Ebene möglich sein. Auch das „Europe First“-Prinzip soll sich in der geplanten Verordnung wiederfinden.

Umsetzung des Code of Practice

Der Verhaltenskodex Europäische Statistiken („Code of Practice“) definiert einheitliche Qualitätsstandards für alle statistischen Ämter im Europäischen Statistischen System. Er soll gewährleisten, dass die amtliche Statistik in nunmehr 27 Mitgliedstaaten und bei Eurostat frei von politischer Einflussnahme und nach anerkannten wissenschaftlichen Verfahren durchgeführt wird. Seine Einhaltung wird anhand von 77 Indikatoren überprüft.

Im Jahr 2006 hat das Statistische Bundesamt intensiv an der weiteren Umsetzung des Code of Practice mitgewirkt. In der jetzigen Phase der Arbeiten müssen sich Eurostat und die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten Überprüfungen durch externe Fachleute, den sogenannten Peer Reviews, stellen. Die Einhaltung des Verhaltenskodex wird von diesen Fachleuten in persönlichen Gesprächen mit Führungskräften und jüngeren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des jeweiligen statistischen Amtes, mit Nutzern und gegebenenfalls auch mit anderen Produzenten europäischer Statistiken aus dem jeweiligen Land geprüft und bewertet. Zunächst beschränken sich die Peer Reviews auf diejenigen Grundsätze, die den institutionellen Rahmen und die Verbreitung der Europäischen Statistiken betreffen.

Erste Pilotprüfungen fanden im März und April 2006 in den Statistischen Ämtern der Niederlande und der Tschechischen Republik statt. Ein Experte des Statistischen Bundesamtes war am Pilot Peer Review in den Niederlanden sowie im November 2006 am Peer Review in Estland beteiligt.

Die Peer Reviews sollen voraussichtlich bis Ende 2007 für alle Mitgliedstaaten abgeschlossen sein. Deutschland wird mit Rücksicht auf die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 voraussichtlich im vierten Quartal 2007 an die Reihe kommen.

CENEX – eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung

Statistikexperten aus verschiedenen Ländern schließen sich zusammen, um praktikable Wege zur Lösung eines bestimmten methodischen Problems zu erarbeiten, und stellen die Ergebnisse anschließend allen Statistikämtern der Europäischen Union zur Verfügung. Das ist das Prinzip von CENEX (Centres and Networks of Excellence), einer neuen Form der internationalen Arbeitsteilung im Europäischen Statistiksistem.

Unter Leitung des Statistischen Bundesamtes wird seit Oktober 2006 mit Experten der Preisstatistik aus Österreich, Belgien, Schweden, Portugal, Irland und den Niederlanden über die methodische Vorgehensweise bei der Behandlung von Qualitätsänderungen von Gütern beraten, deren Preise gemessen werden sollen.

Die Preise eines Gutes zu verschiedenen Zeitpunkten können nur aussagekräftig miteinander verglichen wer-

den, wenn die Qualität des Gutes konstant bleibt. Ändert sich die Güterqualität, etwa aufgrund des technischen Fortschritts, wird eine sogenannte Qualitätsbereinigung durchgeführt. Ziel ist es, den Geldwert der veränderten Güterqualität bei der Preismessung zu berücksichtigen.

Es gibt verschiedene Verfahren der Qualitätsbereinigung und die gewählte Methode kann erhebliche Auswirkungen auf die Ergebnisse der Preisstatistik haben. Daher haben wichtige Nutzer der europäischen Preisstatistik, so zum Beispiel die Europäische Zentralbank, ein großes Interesse an dem CENEX-Projekt zur Preisstatistik.

In dem auf zwei Jahre angelegten Projekt geht es um die Harmonisierung und Weiterentwicklung der Messung von Preis- und Qualitätsentwicklungen bei Computern, Unterhaltungselektronik, elektrischen Haushaltsgeräten, Autos und Büchern sowie bei Mietangeboten. Weiterhin wird die Messung der Preis- und Qualitätsentwicklung bei Dienstleistungen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich bearbeitet.



LEBEN IN EUROPA: Vergleichbare Armutsindikatoren für die EU-Mitgliedstaaten

Die wachsende Armut wird in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) als gesellschaftliches Problem wahrgenommen. Mit den Ergebnissen aus der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (LEBEN IN EUROPA) stellt die amtliche Statistik jetzt erstmals international vergleichbare Informationen zu Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung zur Verfügung. Diese Informationen sind Grundlage für die Zusammenarbeit bei der Armutsbekämpfung auf EU-Ebene.

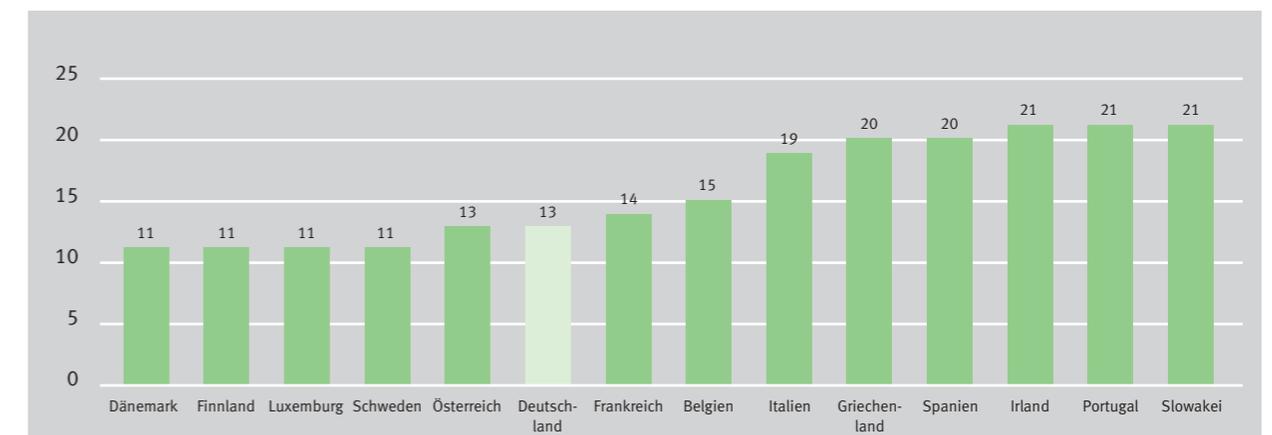
Die Haushaltsbefragung LEBEN IN EUROPA wird seit 2005 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island einheitlich durchgeführt. Einheitlich bedeutet, dass die gleiche Definition von Einkommen verwendet wird und bei den Erhebungsmethoden verbindliche Vorgaben einzuhalten sind. 2006 wurden erstmals Ergebnisse der neuen, europaweit vergleichbaren Erhebung für Deutschland vorgestellt.

LEBEN IN EUROPA beantwortet vor allem die Frage, wie viel Geld die Menschen in Deutschland zur Verfügung haben. Daneben gibt es weitere wichtige Informationen zu den Lebensbedingungen: Wie wohnt man in Deutschland? Wie wird der eigene Gesundheitszustand eingeschätzt? Wie häufig treten finanzielle Probleme auf?

Wichtigster Indikator ist die Armutsgefährdungsquote. Sie gibt nach EU-Definition den Anteil der Bevölkerung an, der mit weniger als 60% des mittleren Einkommens ihres Landes auskommen muss. Die Armutsgefährdungsquote in Deutschland betrug im Jahr 2004 rund 13%. Damit sind in Deutschland 10,6 Mill. Menschen armutsgefährdet. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland etwas unter dem EU-Durchschnitt. Das Schaubild zeigt die Armutsgefährdungsquoten in Deutschland 2004 und in anderen EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2003.

Die skandinavischen Länder beispielsweise haben etwas niedrigere Armutsgefährdungsquoten als Deutschland. Einen deutlich höheren Anteil an armutsgefährdeten Personen weisen dagegen zum Beispiel Italien, Spanien und Portugal auf, mit Werten, die bei etwa 20% liegen.

Armutsgefährdungsquote in Deutschland (2004) und anderen EU-Mitgliedstaaten (2003) in Prozent



Das Statistische Bundesamt unterstützt die politischen Ziele der internationalen Organisationen ...

Im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen (UN) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), unterstützt das Statistische Bundesamt auch übergeordnete politische Ziele. Als Beispiel sind hier die ‚Millenniumsziele‘ der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung zu nennen, die bis zum Jahr 2015 umgesetzt werden sollen.

Themenschwerpunkte der diesjährigen Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen waren die Revision der Klassifikationen im Bereich der Wirtschaftsstatistiken und die des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA 1993).

Als Vorsitzender des im vergangenen Jahr eingerichteten Committee on Environmental-Economic Accounts (UNCEEA)

Revision des System of National Accounts (SNA)

Das System of National Accounts (SNA) 1993 ist die weltweit gültige Empfehlung zur Aufstellung von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und Basis für das daraus abgeleitete Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Bis Anfang 2008 sollen alle Konzepte und Definitionen des SNA 1993 überprüft und aktualisiert werden, so der Beschluss der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN) vom März 2003.

Inzwischen liegen zu allen vorgesehenen 44 Änderungspunkten Empfehlungen sowie Stellungnahmen der UN-Mitgliedstaaten hierzu vor (www.unstats.un.org). Anfang 2008 soll das überarbeitete SNA 1993 rev. 1 in der Statistischen Kommission von den UN-Mitgliedstaaten verabschiedet werden.

Anschließend soll das überarbeitete SNA rev.1 in das ESVG 1995 übertragen werden. Dabei sollten nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes aber keine methodischen Änderungen des SNA in das ESVG übernommen werden, die die Vergleichbarkeit der Daten der Mitgliedstaaten verschlechtern. Dies gilt zum Beispiel für die Themen Pensions- und Rentenlasten, Forschung und Entwicklung sowie Militärische Waffen.

berichtete der damalige Vizepräsident, Walter Radermacher, über den Sachstand der Arbeiten an der Weiterentwicklung und Harmonisierung der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR).

Weitere wichtige Themen waren – wie im Vorjahr – die Entwicklungsindikatoren und der damit verbundene Aufbau statistischer Kapazität in den Entwicklungsländern.

Auch auf der OECD-Ebene treffen sich die Leiter der Statistikämter der Mitgliedstaaten regelmäßig, um wichtige strategische und fachliche Themen zu diskutieren. Durch den 2004 neu eingerichteten OECD-Statistikausschuss, der einmal jährlich tagt, wurde der Statistikbereich der OECD noch aufgewertet. Vorsitzender des Statistikausschusses ist zurzeit Dr. Ivan Fellegi (Kanada). Der damalige Vizepräsident, Walter Radermacher, und der Leiter des neuseeländischen Statistikamtes, Brian Pink, wurden im Juni 2006 für zwei Jahre zu Stellvertretenden Vorsitzenden des Büros gewählt.

... und engagiert sich bei der bilateralen Zusammenarbeit

Über die Zusammenarbeit in den supra- und internationalen Gremien hinaus pflegen die Leiter der nationalen statistischen Ämter auch bilateral enge Kontakte. So fanden im Jahr 2006 zum Beispiel Treffen mit den Leitern der nationalen Statistikämter Frankreichs, der Tschechischen Republik, Bulgariens und Österreichs statt. Die langjährige deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Bereich Statistik wurde auf der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe Handelsstatistik im Juni 2006 in Peking weiter vertieft. Die Arbeitsgruppe soll die Divergenzen in der Außenhandelsstatistik zwischen beiden Ländern untersuchen.



Die Arbeitsgruppe Handelsstatistik traf sich 2006 unter Leitung von Dr. Peruzzo (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) und Liu Haiquan (chinesisches Handelsministerium) in Peking

Die Partnerschaft mit der russischen amtlichen Statistik wurde mit einer sehr erfolgreichen Kursreihe für die Leiter der Statistikämter der 88 russischen Provinzen fortgesetzt, die in Zusammenarbeit mit der Bonner Akademie in Bonn durchgeführt wurde. Mit Experten aus dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern wurden Grundsatzfragen der amtlichen Statistik und praktische Probleme aus verschiedenen Fachbereichen sowie Fragen der Organisation statistischer Arbeiten diskutiert. Exkursionen zu den Statistischen Landesämtern in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen rundeten das Kursprogramm ab.

Das Traineeprogramm des Statistischen Bundesamtes: eine fünfjährige Erfolgsgeschichte

Statistiker aus den nationalen Statistikämtern der neuen Mitgliedstaaten der EU bzw. der EU-Beitrittskandidaten haben durch ein europäisches Förderprogramm die Möglichkeit, für eine begrenzte Zeit in einem Statistikamt der 15 „alten“ EU-Mitglieder mitzuarbeiten oder einen solchen Trainee-Aufenthalt bei Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, zu absolvieren.

Seit Beginn des Traineeprogramms im Jahr 2002 haben Statistiker aus der Tschechischen Republik, aus Ungarn, Polen, Lettland und Bulgarien an solchen Gastaufenthalten im Statistischen Bundesamt teilgenommen.

In der Regel werden die Statistiker für einen Zeitraum von fünf Monaten entsandt und in ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet eingesetzt. Ihre Erfahrungen aus dem heimischen Statistikamt sind dabei von großem Nutzen. Nicht selten bringen die Trainees auch neue Ansätze mit und bereichern damit die Arbeit der Fachkolleginnen und -kollegen im Statistischen Bundesamt.

Twinning-Projekte: Partnerschaften führen zum Erfolg

Twinning-Projekte sind von der Europäischen Union (EU) finanzierte Partnerschaftsprojekte zwischen öffentlichen Institutionen eines Mitgliedstaates und eines Beitrittslandes. Sie betreffen alle Politik- und Verwaltungsbereiche. Aufgrund der besonderen politischen Bedeutung werden diese Projekte von den Regierungen der Mitgliedstaaten koordiniert. Mit der größten Anzahl von Twinning-Projekten unter den EU-Mitgliedstaaten ist Deutschland der bevorzugte Partner für die Beitrittsländer.

- Im Februar 2006 erhielt das Statistische Bundesamt den Zuschlag für die Durchführung eines zwölfmonatigen Twinning-Projektes mit Lettland zur Einführung eines Qualitätsmanagements nach den Standards der European Foundation of Quality Management (EFQM). Es wird hierbei u.a. durch die statistischen Ämter Finnlands, Italiens und das Statistische Landesamt Berlin unterstützt.
- Mitte 2005 war der Beginn für ein zweijähriges Twinning-Projekt mit Bulgarien, mit dem Ziel, Statistiken zur Informationsgesellschaft und zu den Einkommens- und Lebensbedingungen vorzubereiten sowie die Informationsgrundlagen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu verbessern. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen unterstützt das Projekt, das noch bis Mitte 2007 andauert.
- Als erstes Projekt mit Staaten der Balkanregion hat Mitte 2006 ein auf zwei Jahre konzipiertes Großprojekt mit Mazedonien begonnen. In die Durchführung eingebunden sind neben dem Statistischen Bundesamt auch die statistischen Ämter Sloweniens, Schwedens, Ungarns, der Tschechischen Republik sowie die Statistischen Landesämter von Thüringen und Berlin.

Eine Zusammenarbeit auf Projektbasis im Rahmen europäischer Förderprogramme besteht auch zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem russischen sowie dem

türkischen Statistikamt. Seit Anfang 2006 engagiert sich die deutsche amtliche Statistik ferner in einem von Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten „Sektorprojekt“ mit Sambia. Ziel ist die Verbesserung der Informationsstrukturen in den armutsrelevanten Bereichen Wasserversorgung und Landwirtschaft. Durch den Aufbau der Statistiksysteme sollen die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre Fortschritte beim Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals) mit eigenen Daten zu messen. Unterstützungsmaßnahmen beim MDG-Mentoring dürften für die deutsche Statistik-Kooperation in den nächsten Jahren noch wichtiger werden.

Im Fokus: Daten über den Dienstleistungsbereich

Vom 9. bis 13. Oktober 2006 hatte das Statistische Bundesamt zum 21. Treffen der Voorburg-Gruppe, einer internationalen Konferenz zur Methodenentwicklung in den Dienstleistungsstatistiken, eingeladen. Über 70 Experten aus nationalen Ämtern, internationalen Organisationen und Zentralbanken diskutierten in Wiesbaden über Preis- und Volumenmessungen im tertiären Sektor sowie deren Vergleichbarkeit.

Im Vordergrund standen die verschiedenen nationalen Konzepte zur statistischen Erfassung des Straßengüterverkehrs und der Unternehmensberatung. Methodische Unterschiede sind sowohl auf nationale Marktbesonderheiten als auch auf unterschiedliche statistische Konzepte der verschiedenen Ämter zurückzuführen. So wurden zum Beispiel die Fragen diskutiert, ob bei der Preismessung von einer Sektor- oder von einer Güterbasis ausgegangen werden soll und welche Preismessungsmethoden in der Praxis durchführbar sind. Als Herausforderung für die Preisstatistiker wurde das zunehmend bedeutsame Phänomen des „Bundlings“, des Verkaufs von mehreren Dienstleistungen

im Paket, ausgemacht. Ferner soll ein Thesaurus der Fachterminologie eingeführt werden. Die Wiesbadener Konferenz war ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu größerer Kohärenz in der Preis- und Volumenmessung des Dienstleistungssektors auf internationaler Ebene.

Das Datenangebot über den Dienstleistungssektor wurde in Deutschland um Angaben zu den Dienstleistungsumsätzen nach Arten ergänzt. In einer für das Berichtsjahr 2004 mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Kommission durchgeführten Piloterhebung wurden 15 000 ausgewählte Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich auf freiwilliger Basis zu ihren Umsätzen im In- und Ausland nach Arten befragt. Erfragt wurden Umsätze nach dem Sitz des Kunden, nach dem Kundensektor sowie nach den Tätigkeitsbereichen bzw. Produkten.

Die Aufgliederung der Umsätze nach den verschiedenen Arten war für viele der befragten Unternehmen schwierig, da die meisten der hier erfassten Umsatzarten keine Bestandteile des regulären betrieblichen Rechnungswesens sind. Detaillierte Informationen über die Zusammensetzung der Umsätze sind jedoch unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und das Funktionieren des Binnenmarktes der Europäischen Union zu beurteilen.

Weiterentwicklung des Betriebsregisters Landwirtschaft

Statistische Register sind wichtige Hilfsmittel für die Steuerung und die Auswertung von Erhebungen. Im Bereich der Agrarstatistiken werden als Erhebungseinheiten landwirtschaftliche Betriebe im „Betriebsregister Landwirtschaft“ geführt. Die Definition des landwirtschaftlichen Betriebs ist durch europäische Rechtsgrundlagen vorgegeben und muss in allen Mitgliedstaaten entsprechend den nationalen Gegebenheiten umgesetzt werden.



Zur Weiterentwicklung des Betriebsregisters Landwirtschaft führt das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Statistikamt seit September 2005 ein von der Europäischen Union (EU) gefördertes Projekt durch, mit dem das bestehende Betriebsregister Landwirtschaft an die sich wandelnden europäischen Anforderungen angepasst werden soll. Zum einen muss es so erweitert werden, dass es die Erhebung neuer Merkmale – beispielsweise zur ländlichen Entwicklung und zur Agrarumwelt – sowie Änderungen in der Organisation und Durchführung der Agrarstatistiken möglichst optimal unterstützt. Zum anderen wird untersucht, wie die auf europäischer Ebene vorgesehene Einbeziehung der Land- und Forstwirtschaft in die nationalen Unternehmensregister realisiert werden kann. In Deutschland ist der land- und forstwirtschaftliche Produktionssektor im statistischen Unternehmensregister bisher nicht vollständig abgebildet.

Im Projekt wurde daher zunächst analysiert, welche land- und forstwirtschaftlichen Einheiten im Unternehmensregister und im Betriebsregister Landwirtschaft abgelegt sind. Da die Einheiten in den beiden Registern auf jeweils unterschiedlichen Definitionen beruhen, wurde in Abstimmung mit Statistik Austria ein Einheitenmodell entwickelt. Das Modell ermöglicht eine analoge Abbildung der Einheiten im Betriebsregister Landwirtschaft und im neuen Unternehmensregister. Im nächsten Schritt sollen die methodischen Grundlagen und technischen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Betriebsregisters Landwirtschaft geschaffen werden. Der Endbericht zu diesem Projekt wird voraussichtlich im Sommer 2007 vorliegen.



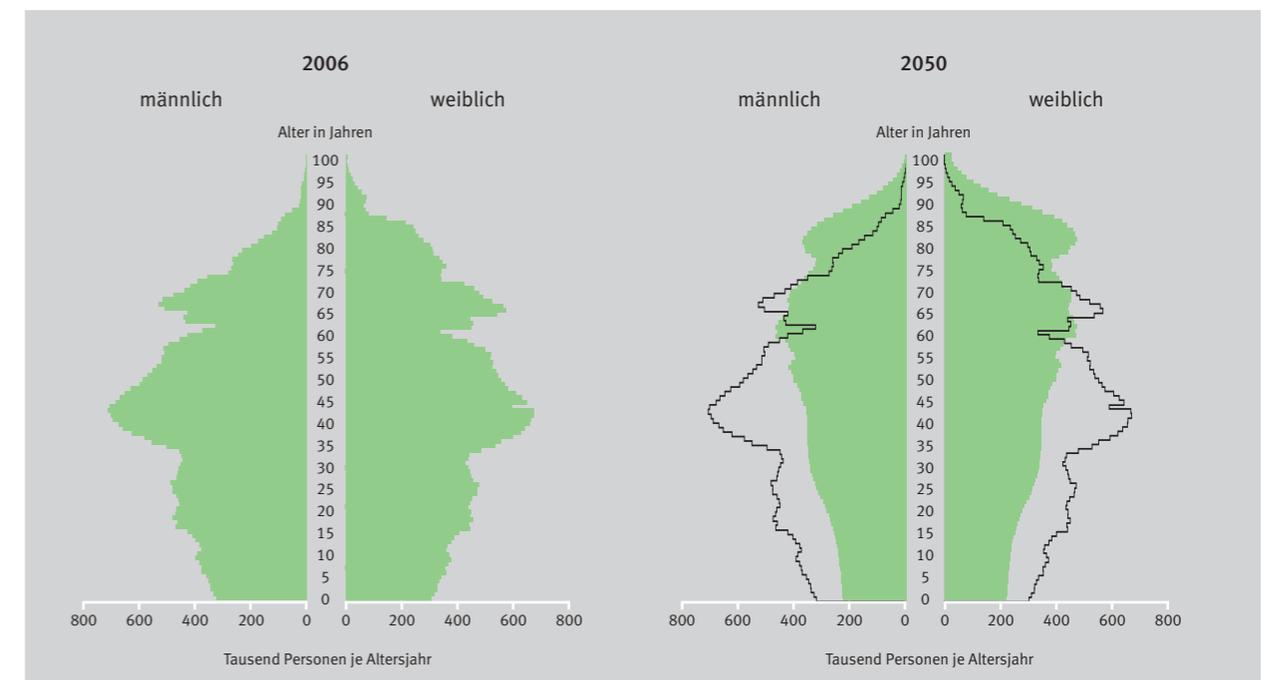
Meilensteine der fachstatistischen Arbeit

Das Kerngeschäft des Statistischen Bundesamtes ist die Vorbereitung, Durchführung und Veröffentlichung der Ergebnisse von statistischen Erhebungen, bei dezentralen Statistiken in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern. Aus dem statistischen Kerngeschäft des Jahres 2006 präsentieren wir nachfolgend einige ausgewählte Ergebnisse von Statistiken und neue oder erweiterte Daten- und Informationsangebote.

Bevölkerungsvorausberechnung

Anfang November 2006 stellte das Statistische Bundesamt die Ergebnisse einer neuen Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland, der 11., die zwischen Bund und Ländern koordiniert wurde, vor. Setzen sich die aktuellen demografischen Entwicklungen fort – mit einer annähernd konstanten zusammengefassten Geburtenziffer von etwa 1,4 Kindern je Frau, einem Anstieg der Lebenserwartung neugeborener Kinder um etwa sieben Jahre und einem jährlichen Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland von 100 000 bzw. 200 000 Personen – so sind für das Jahr 2050 in Deutschland nur noch 69 bzw. 74 Mill. Einwohner zu erwarten. Heute leben demgegenüber 82 Mill. Menschen in Deutschland.

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 2006 und 2050



Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung; Variante 1-W1: „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze

Neben dieser Abnahme der Bevölkerungszahl ist eine erhebliche Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung abzusehen. Während heute etwa 20% der Bevölkerung jünger als 20 Jahre und weitere 20% 65 Jahre oder älter sind, wird der Anteil der jungen Menschen im Jahr 2050 nur noch etwa 15% betragen, derjenige der 65-Jährigen und Älteren aber auf etwa ein Drittel angestiegen sein. Die Zahl der 80-Jährigen und Älteren könnte von knapp 4 auf 10 Mill. anwachsen.

Auch das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter zu der im Erwerbalter wird sich deutlich verschieben: Heute kommen 32 65-Jährige und Ältere auf 100 Menschen zwischen 20 und 64 Jahren. 2050 werden es, je nach Höhe der Zuwanderung, 60 bzw. 64 sein. Wird das Rentenalter auf 67 Jahre verschoben, so beträgt dieser Altenquotient 2050 56 bzw. 52.

Eine Beschreibung der Annahmen und Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die Ergebnisse aller zwölf Varianten sowie drei zusätzliche Modellrechnungen stehen kostenfrei unter www.destatis.de zur Verfügung.

Neue Modellrechnung zur Lebenserwartung

Im April 2006 hat das Statistische Bundesamt eine Modellrechnung zur Schätzung der Lebenserwartung nach Geburtsjahrgängen veröffentlicht. Diese enthält Generationensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1871 bis 2004. Eine Generationensterbetafel zeigt, mit welcher durchschnittlichen Lebenserwartung ein heute neugeborenes Kind unter Berücksichtigung der möglichen künftigen Entwicklung der Sterblichkeit rechnen könnte. Mit einer Generationensterbetafel kann auch untersucht



werden, welche durchschnittliche Lebenserwartung die Menschen eines Geburtsjahrgangs in der Vergangenheit tatsächlich erreicht haben. In die Berechnung wurden neben umfangreichen historischen Daten zur Sterblichkeit auch zwei mögliche Sterblichkeitstrends einbezogen.

Demnach hätte ein neugeborener Junge des Jahrgangs 2004 nach dem höheren Sterblichkeitstrend eine durchschnittliche Lebenserwartung von 84,9 Jahren, ein neugeborenes Mädchen sogar von 90,4 Jahren. Zum Vergleich: Vor 135 Jahren konnten neugeborene Jungen des Geburtsjahrgangs 1871 lediglich mit einer Lebenserwartung von 39,1 Jahren rechnen und Mädchen mit einer von 42,1 Jahren.

Die Generationensterbetafeln stellen eine Ergänzung zu den Periodensterbetafeln dar, die das Statistische

Bundesamt in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Periodensterbetafeln bilden die durchschnittliche Lebenserwartung der gesamten Bevölkerung während bestimmter Kalenderjahre ab (zuletzt für den Zeitraum 2003/2005). Sie sind für die Beschreibung der gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnisse unverzichtbar, berücksichtigen aber im Gegensatz zu Generationensterbetafeln keine Veränderungen in der Zukunft.

Wichtige Ergebnisse zu Familien und Kindern

Die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa, zeigen, dass es im Jahr 2005 in Deutschland 12,6 Mill. Familien gab. In 8,9 Mill. Familien war das jüngste Kind unter 18 Jahre alt, in 3,7 Mill. Familien lebten ausschließlich volljährige Kinder. 75% der 8,9 Mill. Familien mit minderjährigen Kindern waren Ehepaare, 17% allein erziehende Mütter oder Väter. Weitere 8% der Familien waren gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

2005 wuchsen in Deutschland 20,7 Mill. Kinder in Familien, das heißt bei Ehepaaren, in Lebensgemeinschaften oder bei allein erziehenden Elternteilen auf. Von diesen Kindern waren 14,4 Mill. noch minderjährig, 6,3 Mill. lebten als bereits volljährige Kinder in den Familien.

Weitere Informationen enthält die aktuelle Pressebrochure „Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005“, die kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abzurufen ist.

Angaben zur Kindertagesbetreuung lagen in der amtlichen Statistik bislang nur für Einrichtungen vor. Bei Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und altergemischten

Einrichtungen wurden im Abstand von vier Jahren zuletzt 2002 Angaben über die Einrichtung, die Zahl der genehmigten Plätze sowie zu dem in den Einrichtungen tätigen Personal erhoben.

Nach dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK), werden seit 2006 auch Angaben zu Kindern, die in Einrichtungen gefördert werden, zu Kindern in Kindertagespflege, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, sowie zu Kindertagespflegepersonen erhoben. Die Ergebnisse der neuen Erhebungen liefern ein umfassendes und aktuelles Bild über die Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland.

Die Veränderung der ökonomischen Situation von Familien durch die Geburt von Kindern steht seit vielen Jahren im Mittelpunkt zahlreicher familienpolitischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen.

In einer Studie „Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder“ wurden die Ausgaben für den privaten Konsum aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 nach solchen für Kinder und für Erwachsene aufgeteilt. Danach gaben Eltern mit einem Kind im Jahr 2003 durchschnittlich 549 Euro im Monat für ihren Nachwuchs aus.

Mit steigendem Lebensalter der Kinder wächst die Höhe der für sie aufgewendeten Konsumausgaben. Das liegt unter anderem am höheren Verbrauch an Nahrungsmitteln und anspruchsvolleren Bekleidungs Wünschen. Paare mit einem Kind in der Altersgruppe bis unter sechs Jahren gaben für ihren Nachwuchs durchschnittlich 468 Euro im Monat aus. Für Sechs- bis unter Zwölfjährige lagen die Ausgaben bei 568 Euro und für zwölf- bis unter 18-jährige Kinder bei 655 Euro.

Wählen Frauen anders?

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, die auf dem tatsächlichen Wahlverhalten beruht, wurden Anfang 2006 auf einem Pressegespräch in Berlin vorgestellt. Mit dieser Statistik lassen sich die Wahlbeteiligung und das Stimmverhalten einschließlich des sogenannten Stimmensplittings nach Altersgruppen und Geschlecht für jedes Bundesland analysieren. Die Ergebnisse belegen, dass bei der Bundestagswahl 2005 die Differenz zwischen dem Wahlverhalten der Männer und dem der Frauen bei den beiden großen Volksparteien nicht besonders groß war und beide Parteien bei den Frauen besser als bei den Männern abgeschnitten haben. SPD und Unionsparteien erreichten bei den Frauen jeweils 35,5%, bei den Männern 32,8% bzw. 34,8% der Zweitstimmen. Die Sozialdemokraten wurden in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren mehr von Männern gewählt, bei den Wahlen 1980, 1983 und 2002 (hier mit einer Differenz von 3,5 Prozentpunkten) bekamen sie aber einen höheren Zuspruch von Frauen, sodass hier eine Veränderung festzustellen ist. Demgegenüber galten die Unionsparteien seit den fünfziger Jahren traditionell als Frauenpartei. Lediglich im Jahr 2002 lag der Anteil der Männerstimmen bei ihnen 1,4 Prozentpunkte über dem Anteil der Frauenstimmen. Die GRÜNEN sprechen seit den 1990er-Jahren Frauen (2005: 8,8%) mehr an als Männer (2005: 7,4%), wobei die Schere seit der Bundestagswahl 2002 weiter auseinandergegangen ist. Bei den Freien Demokraten (Männer 10,7%; Frauen 9%) und der Linkspartei (Männer 9,9%; Frauen 7,6%) ist die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Wählerschaft umgekehrt.

Erwerbslose – eine volatile Größe

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt gibt es mehr Dynamik als bisher angenommen. Dies zeigt sich bei einem Vergleich der Zahl der Erwerbslosen nach der international üblichen Abgrenzung der International Labour Organization (ILO) mit der Zahl der Arbeitslosen nach dem deutschen Sozialgesetzbuch: Die Erwerbslosenzahl ist nicht nur niedriger als die Zahl der Arbeitslosen, sondern sie unterliegt auch stärkeren Schwankungen.



Viele der Personen, die aus der Erwerbslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit wechseln, nehmen nur eine geringfügige Tätigkeit auf. Dadurch gelten sie nach der ILO-Definition nicht mehr als erwerbslos, können aber weiterhin arbeitslos gemeldet sein, sofern die ausgeübte Tätigkeit weniger als 15 Wochenstunden umfasst. Umgekehrt werden Erwerbslose, die nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen oder nicht mehr innerhalb von zwei Wochen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen, nach der ILO-Definition nicht als erwerbslos, sondern als Nichterwerbspersonen gezählt. Der Status der registrierten Arbeitslosigkeit wird von solchen persönlichen Verhaltensänderungen hingegen oft nicht berührt, da auch Personen als arbeitslos gezählt werden, die zwar eine

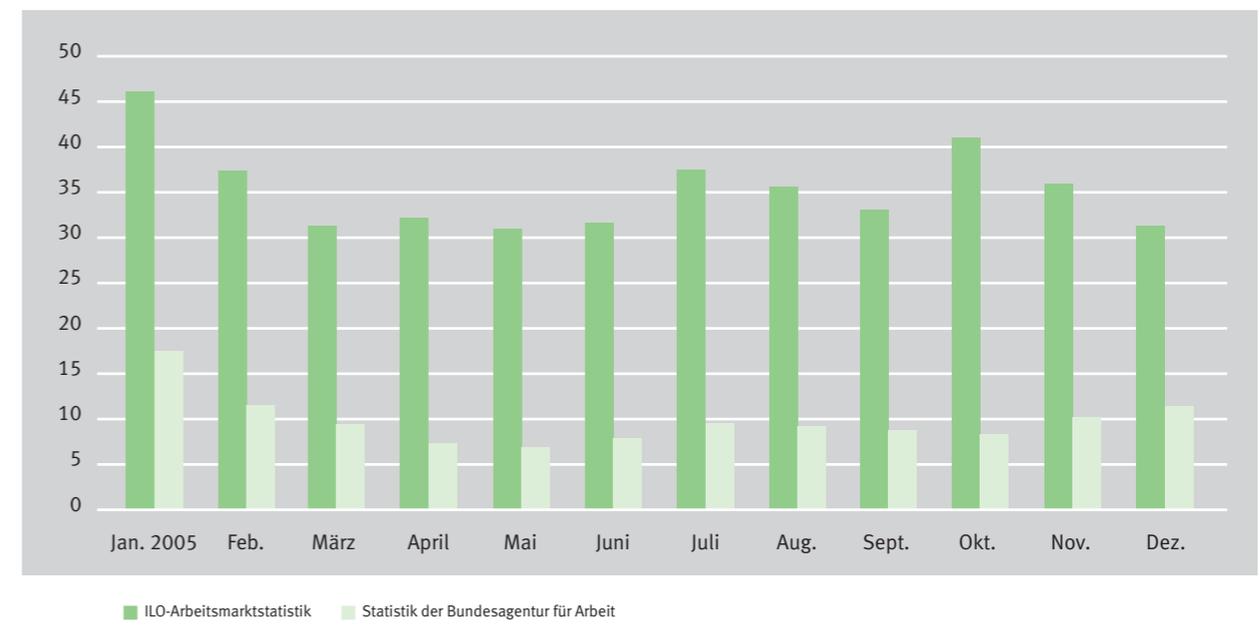
Arbeit wollen, aber – wenigstens zuletzt – keine konkreten Suchschritte mehr unternommen haben. Die Abgrenzung der Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch erfasst somit per definitionem insgesamt weniger Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, die mit einem Erwerbsstatuswechsel einhergehen.

Nach dem Ergebnis der ILO-Arbeitsmarktstatistik hatte im Durchschnitt aller Monate des Jahres 2005 mehr als jeder dritte Erwerbslose im jeweils vorhergehenden Monat noch einen anderen Erwerbsstatus gehabt. Unter den bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen traf dies im Durchschnitt nur für jeden zehnten zu.

Gesamtwirtschaftliche Verdienstentwicklung: Ein-Euro-Jobs dämpfen den Anstieg

Bei der Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Übereinstimmung mit dem Erwerbskonzept der International Labour Organization (ILO) auch Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten als Arbeitnehmer erfasst. Ihre Entlohnung wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch die Mehraufwandsentschädigung von 1 bis 2 Euro abgebildet. Das zusätzlich gewährte Arbeitslosengeld II zählt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht zum Arbeitnehmerentgelt.

Anteil der erwerbslosen/arbeitslosen Personen, die im Vormonat nicht erwerbslos/arbeitslos waren (in Prozent)



Die deutliche Ausweitung der Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten und die sehr niedrigen Entgelte in diesem Bereich haben den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienste in den vergangenen Jahren spürbar gedämpft. Diese dämpfende Wirkung wirkte sich in den neuen Ländern deutlich stärker aus als im früheren Bundesgebiet, weil ein großer Teil der Ein-Euro-Jobs in den neuen Ländern geschaffen wurde. Da die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der durchschnittlichen Verdienste unter anderem für die Rentenanpassung benötigt wird und sich die Verzerrungen, die von den Ein-Euro-Jobs ausgehen können, nicht auf die Rentenanpassung auswirken sollen, stellt das Statistische Bundesamt dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales um Ein-Euro-Effekte bereinigte Daten zur Verfügung. Mit dem derzeit im Deutschen Bundestag beratenen zweiten Betriebsrentenänderungsgesetz sollen Auswirkungen von Ein-Euro-Jobs auf die Rentenanpassung vermieden werden.

Arbeitskostenerhebung 2004: Erstmals Ergebnisse für den gesamten Dienstleistungsbereich

Die Bedeutung des Dienstleistungssektors wächst, Informationen über Lohnniveau und Arbeitszeiten in diesem Bereich gab es dagegen bisher nur unzureichend. Mit der Arbeitskostenerhebung 2004 wurden nun erstmals Ergebnisse für nahezu alle Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs und der Industrie ermittelt. Zum Berichtsbereich neu hinzugekommen sind zum Beispiel der Verkehr, die Nachrichtenübermittlung, das Gesundheitswesen und die öffentliche Verwaltung. Die grundlegende Neukonzeption der Erhebung kam vor allem den bisher stark belasteten Unternehmen des Produzierenden Gewerbes zugute. Hier sank der Stichprobenumfang um 35% und die Anzahl der Erhebungsmerkmale halbierte sich. Im öffentlichen Dienst konnte durch die Nutzung der jährlichen Personalstandstatistik komplett auf eine Befragung der Arbeitgeber verzichtet werden.

Im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige wurden für Deutschland für das Jahr 2004 Arbeitskosten in Höhe von 28,18 Euro je geleistete Arbeitsstunde ermittelt. In den neuen Bundesländern lagen sie mit 21,08 Euro um 28% unter dem Niveau im früheren Bundesgebiet (29,36 Euro). Vollzeitbeschäftigte arbeiteten im Jahr 2004 in den neuen Bundesländern mit 1 720 Arbeitsstunden 55 Stunden oder 3,3% mehr als im früheren Bundesgebiet (1 665 Arbeitsstunden). Die wenigsten Stunden je Vollzeitarbeitsplatz wurden in Deutschland im Wirtschaftszweig Herstellung von Kraftwagen (1 500 Stunden), die meisten im Wirtschaftszweig Recycling (1 808 Stunden) geleistet.

Gesundheitsausgaben, Krankheitskosten und Gesundheitspersonal



Erstmals hat das Statistische Bundesamt gleichzeitig aktuelle statistische Ergebnisse und Entwicklungen zu den Gesundheitsausgaben, zu den Krankheitskosten und zum Gesundheitspersonal veröffentlicht. Die aufeinander abgestimmten Informationen verbessern nicht nur die Transparenz wesentlicher Aspekte des deutschen Gesundheitswesens, sondern ermöglichen auch tiefgehende Analysen des Gesundheitswesens im Rahmen der aktuellen Reformdiskussionen.

Im Zuge einer umfassenden Revision der drei gesundheitsbezogenen Rechensysteme wurden unter anderem neue Datenquellen erschlossen, zusätzliches Expertenwissen beispielsweise aus dem Bereich Pflege eingebunden und die Zusammenarbeit mit den Daten liefernden Ministerien, Verbänden und Instituten intensiviert. Zur besseren internationalen Vergleichbarkeit wurde die vorliegende Definition der Gesundheitsausgaben auf die Begriffsdefinition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) abgestimmt. Die Angaben für das Jahr 2004 sind dennoch mit den Angaben zu den früheren Berichtsjahren vergleichbar, da die Revision auch rückwirkend erfolgte.

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich

Im September 2006 legten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstmals die Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ vor. Diese Veröffentlichung ergänzt die jährlich erscheinende Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) um ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland in einer Gliederung nach Bundesländern.

Sie enthält Indikatoren aus folgenden vier Themenbereichen:

- Bildungsergebnisse und die Auswirkung von Lernen
- In Bildung investierte Finanz- und Humanressourcen
- Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungserwartung (in Jahren)
- Lernumfeld und die Organisation von Schulen

Interessante Einzelergebnisse sind:

- Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss des Sekundarbereichs II (Abitur, Lehrabschluss oder Berufsfachschulabschluss) lag im Jahr 2004 in allen Bundesländern deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 67% (Deutschland: 84%). Die aktuellen Abschlussquoten im Hochschulbereich lagen dagegen 2004 in Deutschland mit 20,6% deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 34,8%.
- In Relation zur Wirtschaftskraft sind die öffentlichen Ausgaben für Bildung in Deutschland niedriger als in anderen OECD-Staaten. So wurden in Deutschland 2003 für den Schulbereich 3,1% des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben gegenüber 3,8% im OECD-Durchschnitt.

- Die Bildungserwartung eines 5-jährigen Kindes beläuft sich unter den Bedingungen des Jahres 2004 in Deutschland wie auch im OECD-Durchschnitt auf 17,4 Jahre. Die höchste Bildungserwartung erreichen die Kinder in den Stadtstaaten und in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 18 Jahren.
- Das Durchschnittsalter der Studienanfänger ist in Deutschland mit 21,4 Jahren höher als in den meisten OECD-Staaten.
- Der Sekundarbereich II zielt in Deutschland primär auf den Erwerb einer beruflichen Qualifikation ab, in den meisten OECD-Staaten dagegen auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Der Anteil der Schüler in Bildungsgängen zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung lag in Deutschland mit 39% daher deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 51%. Dabei gibt es zwischen den einzelnen Bundesländern deutliche Unterschiede; die Spanne reicht von 32% in Bayern über 35% in Sachsen bis zu 47% in Brandenburg und 49% in Berlin.

Die mehr als 100 Seiten umfassende Veröffentlichung mit den ausführlichen Ergebnissen steht unter www.statistikportal.de oder www.destatis.de zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Konjunkturmotor Export

Deutschland hat im Jahr 2006 nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 893,6 Mrd. Euro ausgeführt (13,7% mehr als im Vorjahr) und sicherte sich mit diesem Rekord erneut den Titel des „Exportweltmeisters“ im Warenhandel. Im gleichen Zeitraum stieg der Wert der Einfuhren um 16,5% auf 731,7 Mrd. Euro, damit schloss die Außenhandelsbilanz 2006 mit einem Überschuss von 161,9 Mrd. Euro ab.

Die dynamische Entwicklung des Exports in Deutschland wird immer wieder als „Konjunkturmotor“ beschrieben. 2006 hat das Statistische Bundesamt diese Aussage erstmals aufgrund einer umfassenden Zusammenstellung von Daten der Außenhandelsstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen analysiert. Die Ergebnisse wurden im Mai 2006 bei einem Pressegespräch in Frankfurt vorgestellt.

Aus den Ergebnissen geht unter anderem hervor, dass sich der Anteil des Außenbeitrags (Saldo aller grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehre) am Bruttoinlandsprodukt zwischen 2000 und 2005 um 4,6 Prozentpunkte erhöht hat (von 0,4% auf 5,0%). Ungefähr zwei Drittel des realen Wirtschaftswachstums in den Jahren 2004 und 2005 trug der reale Außenbeitrag bei.

Die steigende Bedeutung des Außenhandels hat sich auch positiv auf die Beschäftigung in der exportierenden Wirtschaft ausgewirkt: War im Jahr 1995 jeder sechste Erwerbstätige in Deutschland vom Export abhängig, so war es 2005 bereits jeder fünfte. Insgesamt waren nach Ergebnissen der Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes 2005 etwa 8,3 Mill. Arbeitsplätze vom Export abhängig.

Zwei Drittel des deutschen Warenhandels werden traditionell mit den anderen Mitgliedstaaten der EU abgewickelt, davon entfiel 2005 etwa ein Siebtel auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Der deutsche Handel mit Mittel- und Osteuropa hat sich im Zeitraum 1995 bis 2005 verdreifacht.

Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen und Haushalten

Die Europäische Kommission ist bestrebt, den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu fördern und damit wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung in Europa zu geben. Zur Evaluierung verschiedener Aktionspläne und zur Durchführung eines gemeinsamen Benchmarking wurden im Zeitraum 2002 bis 2005 in fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) harmonisierte Piloterhebungen zur Nutzung von IKT in Unternehmen und privaten Haushalten durchgeführt.

Nach der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, jährlich ab 2006 statistische Ergebnisse über die Nutzung von IKT durch Unternehmen, Haushalte und Einzelpersonen zu liefern. Basierend auf dieser Verordnung wurde mit dem Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005 eine nationale Rechtsgrundlage für die Erhebungen „IKT in Unternehmen“ und „IKT in Haushalten“ geschaffen.

Die Erhebungen liefern einen Überblick über den Standard und die Nutzung von modernen IKT in Unternehmen und Haushalten.

Seit dem Jahr 2002 ist der Anteil der Haushalte, die über einen PC verfügen und die einen Zugang zum Internet haben, kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2006 besaßen in Deutschland 70% der Haushalte einen Computer (2002: 57%). Der Anteil der Haushalte mit Internetzugang hat im gleichen Zeitraum von 43% auf 61% zugenommen.



Im Jahr 2006 setzten wie bereits in den Vorjahren 84% aller deutschen Unternehmen Computer in ihrem Geschäftsablauf ein, wobei von den Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten nahezu alle Computer nutzten. Von den Unternehmen mit Internetzugang (79% aller Unternehmen) verfügten bereits über die Hälfte (53%) über einen Breitbandanschluss.

Die Aufwendungen der Unternehmen für Informations- und Kommunikationstechnologie beliefen sich im Jahr 2004 auf insgesamt 54 Mrd. Euro. 53% hiervon waren Ausgaben für IKT-Dienstleistungen. Hierzu zählen beispielsweise die Beratung, die Hardwarepflege oder die Datenbank- und Web Hosting Services. Weitere 22% wurden für Käufe von Hardware und Telekommunikationstechnik sowie 15% für den Kauf von Software aufgewendet.

Berichterstattung zu den Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltigkeit ist ein zentraler Begriff der zukunftsorientierten Politik. Ursprünglich bezog sich die Leitidee des „Nachhaltigen Wirtschaftens“ darauf, dass die Wirtschaft auf die Umwelt Rücksicht nehmen muss: Ein Land sollte seine natürlichen Ressourcen nur in dem Umfang nutzen, wie die Natur sich regenerieren kann. Inzwischen wird Nachhaltigkeit weiter gefasst: Die Belange mehrerer Bereiche, nämlich Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft, stehen gleichberechtigt nebeneinander und müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Mit der Unterzeichnung des Schlussdokuments des Umweltgipfels 1992 in Rio de Janeiro, der Agenda 21, haben sich die teilnehmenden Staaten verpflichtet, sogenannte „nationale Nachhaltigkeitsstrategien“ zu entwickeln. Die Bundesregierung hat ihre nationale Strategie mit dem ersten Nachhaltigkeitsbericht „Perspektiven für Deutschland“ im Jahr 2002 vorgelegt. Das Kernstück bilden „21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert“, mit denen die Politik die aus ihrer Sicht bedeutsamen Themenfelder für Nachhaltigkeit definiert hat. Die Umsetzung dieser nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird im Abstand von zwei Jahren in Fortschrittsberichten dokumentiert.

Das Statistische Bundesamt hatte bereits die Arbeiten zum „Fortschrittsbericht 2004“ und zu einer Zwischenbilanz der alten Bundesregierung („Wegweiser 2005“) durch Datensammlung und koordinierende Aufgaben unterstützt. Im August 2006 wurde das Statistische Bundesamt vom Bundesministerium des Innern nunmehr offiziell beauftragt, die statistische Auswertung und Beschreibung der Trendentwicklung der 21 Indikatoren im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu übernehmen. Über die Datensammlung hinaus gehört dazu auch die Darstellung und Beschreibung der Indikatorenentwicklung.

Leichter Rückgang bei der Verwendung von klimawirksamen Stoffen

Deutsche Unternehmen haben im Jahr 2005 bei ihrer Produktionstätigkeit 7 160 Tonnen klimawirksame Stoffe verwendet. Dies entspricht einer Reduzierung um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr.

In etwa 80% der Fälle (5 727 Tonnen) wurden die klimawirksamen Stoffe als Kältemittel für Kühl-, Gefrier- und Klimaanlage, zu rund 8% (538 Tonnen) als Treibmittel in Spraydosen und zu etwa 11% (769 Tonnen) zur Herstellung von Kunst- und Schaumstoffen eingesetzt.

Vor allem im Wirtschaftszweig Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen wurden klimawirksame Stoffe (3 134 Tonnen) verwendet, gefolgt vom Maschinenbau (1 420 Tonnen) und der Chemischen Industrie (993 Tonnen).

Klimawirksame Stoffe fördern bei Freisetzung in die Atmosphäre den Treibhauseffekt. Im Unterschied zu ebenfalls den Treibhauseffekt fördernden Gasen wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) gelten als klimawirksame Stoffe ausschließlich Fluorderivate der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe (FKW, H-FKW), die Unternehmen bei der Produktion verwenden. 75% der als Kältemittel genutzten Stoffe entfielen auf den teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoff R 134a. Dieser wird insbesondere in Fahrzeugklimaanlagen sowie in der Haushalt-Kälte-Geräteindustrie eingesetzt und dient als Ersatzkältemittel für den besonders ozonschichtschädigenden und in Deutschland verbotenen Stoff R 12 (FCKW).

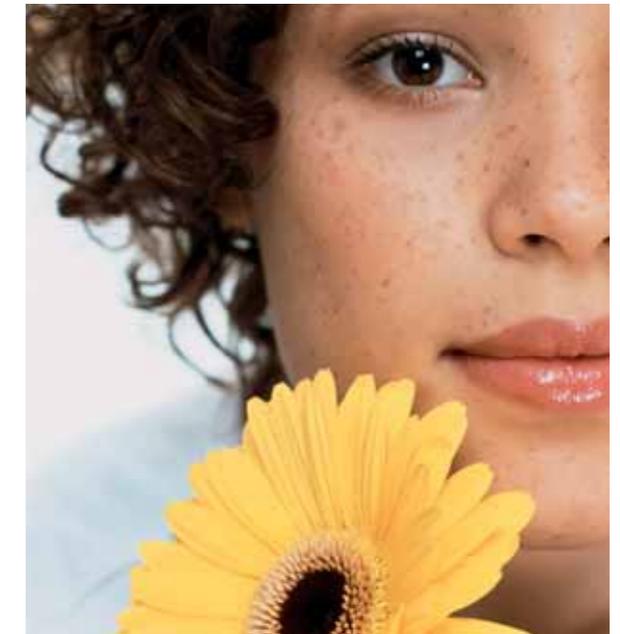
Der potenzielle Einfluss auf die Erderwärmung (GWP-Wert) der klimawirksamen Stoffe, der bei deren Freisetzung eintritt, lag im Jahr 2005 mit 11,4 Mill. GWP gewichteten Tonnen unter dem Niveau vom Vorjahr (12,3 Mill. GWP gewichtete Tonnen). Der GWP-Wert gibt an, um wie viel stärker oder schwächer eine bestimmte Menge Treibhausgas im Verhältnis zur gleichen Menge CO₂ zum Treibhauseffekt beiträgt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Vergleichbare Zeitreihen für die Jahre 1970 bis 1991

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamtes bilden das wirtschaftliche Geschehen in einer umfassenden Weise ab. Sie liefern damit unverzichtbare Informationen für Wirtschaftsanalysen, beispielsweise Daten zu Wirtschaftswachstum, Erwerbstätigkeit, Produktion, Konsum und Investitionen. Im September 2006 veröffentlichte das Statistische Bundesamt grundlegend überarbeitete VGR-Ergebnisse für den Zeitraum 1970 bis 1991 für das frühere Bundesgebiet. Damit stehen allen Nutzern der VGR erstmals seit der großen VGR-Revision im April 2005 wieder methodisch vergleichbare lange Zeitreihen mit Jahres- und Quartalsangaben zur Verfügung.

Das gesamtwirtschaftliche Konjunkturbild blieb nach der Überarbeitung weitgehend erhalten: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im Verlauf der letzten dreieinhalb Jahrzehnte immer weiter verlangsamt. Das Bruttoinlandsprodukt für das frühere Bundesgebiet stieg in der Zeit von 1970 bis 1980 um durchschnittlich 2,9% pro Jahr und im Zeitraum 1980 bis 1991 um durchschnittlich 2,6% pro Jahr. Seit der deutschen Vereinigung fiel das durchschnittliche Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich niedriger aus und lag im Schnitt der letzten zehn Jahre nur noch bei 1,3% pro Jahr. Nähere Erläuterungen zur großen VGR-Revision liefern zwei Aufsätze in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* (Heft 10/2006 und Heft 5/2005) sowie das Informationsangebot zur VGR im Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes.

Gartenbauerhebung 2005



Mit den Ergebnissen der Gartenbauerhebung 2005 hat das Statistische Bundesamt erstmals seit 1994 wieder umfassende statistische Informationen über die Betriebsstruktur sowie die wirtschaftliche Situation in den Gartenbaubetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau veröffentlicht. Zusätzlich wurde für den Dienstleistungsgartenbau eine sekundärstatistische Auswertung von Daten aus der Umsatzsteuerstatistik und der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt.

Wichtige Ergebnisse der Erhebung im Produktionsgartenbau sind:

- Im Jahr 2005 fand der Anbau von Gartenbauprodukten mit gut 206 000 Hektar zum überwiegenden Teil (98,2%) auf dem Freiland statt, daneben wurden 3 700 Hektar (1,8%) Gewächshausfläche bewirtschaftet. Auf dem größten Teil der Freilandflächen wurden dabei Gemüse und Erdbeeren (113 700 Hektar) sowie Obst (64 500 Hektar) angebaut.

- In den 34 700 landwirtschaftlichen Betrieben, die im Jahr 2005 Gartenbauprodukte zu Erwerbszwecken anbauen, waren insgesamt 339 400 Arbeitskräfte tätig, davon 61 900 oder 18,2% vollbeschäftigt.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass im deutschen Produktionsgartenbau vor dem Hintergrund eines starken nationalen und internationalen Wettbewerbsdrucks seit 1994 ein beträchtlicher Strukturwandel stattgefunden hat. Dieser führte zu größeren Bewirtschaftungseinheiten und einer Zunahme der Produktionsintensität. Im Vergleich zur übrigen Landwirtschaft zeichnet sich der Produktionsgartenbau durch hohe Flächenproduktivität und Arbeitsintensität sowie besondere Produktionstechniken aus.

Weitere Ergebnisse der Gartenbauerhebung sind kostenfrei im Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes abrufbar (www.statistik-shop.de).

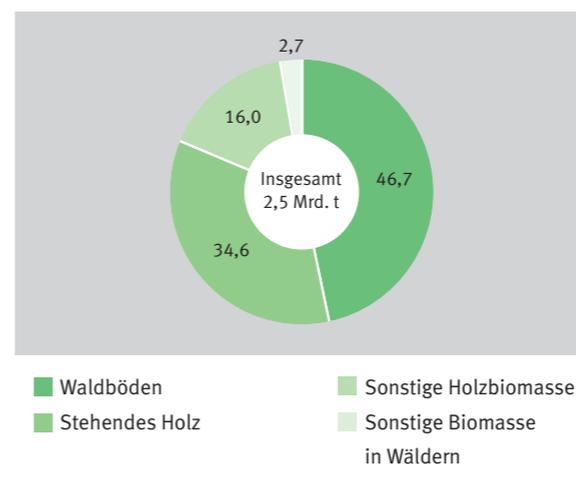
Waldgesamtrechnung erweitert umweltökonomisches Datenangebot



Mit der Waldgesamtrechnung im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) wird der Bereich Forstwirtschaft aus ökonomischer wie auch aus ökologischer Perspektive betrachtet. Abgebildet werden die Ressource Wald und ihr Produkt Holz in Deutschland, von der Fläche über den physischen Vorrat, dessen Wert und die Nutzungen bis hin zur Verarbeitung des Holzes in der Holzindustrie. Ökologische Aspekte werden durch Tabellen zur Kohlenstoffbilanz im Waldökosystem, zum Wald als Kohlenstoffsенke (Aspekt Klimaschutz) und zu Waldschäden (Aspekt Luftschadstoffe) aufgezeigt. Im Jahr 2004 waren im Ökosystem Wald insgesamt 2 502 Mill. t Kohlenstoff gebunden. Fast die Hälfte davon befand sich mit 46,7% in den Waldböden, auf das stehende Holz entfielen 34,6%, auf die sonstige Holzbiomasse 16% und auf die sonstige Biomasse in Wäldern 2,7% des Kohlenstoffs.

Die Ergebnisse der Waldgesamtrechnung wurden in Zusammenarbeit mit der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft erarbeitet und liegen in Form von Zeitreihen vor, die jährlich fortgeschrieben werden. Eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse sowie einen ausführlichen Projektbericht finden Sie im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen unter dem Stichwort Waldgesamtrechnung.

Kohlenstoffbilanz des Waldökosystems 2004 (in Prozent)



Fast 12 Milliarden Euro Umsatz mit Umweltschutz erzielt

Der Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz belief sich im Jahr 2004 auf rund 11,7 Mrd. Euro, rund 9 Mrd. Euro (77%) wurden im Inland und rund 2,7 Mrd. Euro (23%) mit dem Ausland erzielt.

Gut zwei Drittel des Umsatzes entfielen 2004 auf Umweltschutzwaren (rund 7,8 Mrd. Euro). Den größten Anteil daran hatte mit rund 3,7 Mrd. Euro die Herstellung von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (z. B. von Entsorgungsfahrzeugen oder Abgasreinigungsanlagen für Fahrzeuge). Auf Maschinenbauerzeugnisse (z. B. Entstaubungseinrichtungen oder Filteranlagen) entfielen rund 1,6 Mrd. Euro sowie auf Gummi- und Kunststoffwaren (z. B. Abwasserrohre, Kunststoffwannen für wassergefährdende Stoffe, Abfallbehälter, Lärmschutzwände) rund 755 Mill. Euro.

Den zweitgrößten Anteil am Gesamtumsatz 2004 hatten mit 23% (rund 2,7 Mrd. Euro) die Bauleistungen für den Umweltschutz. Dazu zählen unter anderem der Kanalbau, der Deponiebau oder die Gewässerrekultivierung.

Mit rund 1,3 Mrd. Euro stellte der Umsatz mit Umweltschutzdienstleistungen 11% des Gesamtumsatzes 2004. Der größte Anteil entfiel hier mit rund 359 Mill. Euro auf den Bereich Planung (wie etwa Landschaftsplanung), gefolgt von Projektbetreuungen (z. B. von Rekultivierungsmaßnahmen) und Überwachungen mit rund 332 Mill. Euro sowie Untersuchungen und Analysen (z. B. Abwasseranalysen, Kanaluntersuchungen, Altlastenerkundungen, Abgasmessungen) mit rund 295 Mill. Euro.

100 Jahre Straßenverkehrs-unfallstatistik

„Angesichts der gewaltigen Entwicklung des Automobilitismus und der vielfachen Klagen über die dadurch stets fortschreitende Zerstörung der Straßen und die mannigfaltigen sonstigen Schädigungen“ hatte sich die Regierung des Deutschen Reiches veranlasst gesehen, ab April 1906 eine Statistik der Straßenverkehrsunfälle einzuführen. Wenige Monate später, im Januar 1907, wurde zum ersten Mal auch der Kraftfahrzeugbestand erhoben.

Am ersten Stichtag gab es im Deutschen Reich 27 026 zugelassene Kraftfahrzeuge, davon 15 954 Krafträder, 957 Lastkraftwagen und 10 115 Autos. Im ersten Berichtsjahr der Straßenverkehrsunfallstatistik wurden 4 864 Unfälle gezählt, bei denen 145 Personen getötet und 2 419 verletzt wurden. 85 % der Getöteten kamen bei Unfällen mit Personenkraftwagen ums Leben, obwohl der Pkw-Anteil am Kraftfahrzeugbestand zu dieser Zeit nur bei 37 % lag. Besonders eine hohe Motorleistung schien damals die Fahrer zu überfordern: Von den 54 zugelassenen Kraftfahrzeugen mit mehr als 40 PS waren 48 im ersten Berichtsjahr in Unfälle verwickelt. Der Zusammenstoß zweier Kraftfahrzeuge war dagegen ein eher seltenes Ereignis: 196 derartige Kollisionen (4 % aller Unfälle) wurden im Zeitraum 1906/1907 gezählt, davon allein 152 in Berlin. Häufig waren Unfälle mit Fußgängern oder Radfahrern (32 %), mit Reitern und Geschirren (27 %), Straßenbahnen (11 %) oder als Folge des Durchgehens von Zugtieren (10 %).

Für 1953 lässt sich das erste Bundesergebnis (nach dem heutigen Gebietsstand) errechnen: 12 631 Verkehrstote kamen damals statistisch auf fast 4,8 Mill. Fahrzeuge. Beide Zahlen stiegen in den Folgejahren: 1970 wurden 21 332 Verkehrstote gezählt, der Kraftfahrzeugbestand hatte auf 20,8 Mill. zugenommen. Seitdem ist – mit wenigen Ausnahmejahren – die Zahl der Verkehrstoten ständig gesunken: 2005 waren in Deutschland 56,3 Mill. Fahrzeuge registriert, 2 083-mal so viel wie 1907; 5 361 Menschen kamen im Straßenverkehr ums Leben, „nur“ 37-mal so viel wie vor 100 Jahren.



Aktualisierte Klassifikationen liegen vor

Nach der Revision der internationalen und europäischen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen wurde im Jahr 2006 damit begonnen, die nationale Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) und das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) zu überarbeiten. Die zusammen mit den Datennutzern erarbeitete Gliederung der Ausgabe 2008 der nationalen Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) enthält rund 840 nationale Unterklassen und damit 20 % weniger als die aktuelle WZ 2003. Bei der Überarbeitung wurde vor allem der gewachsenen ökonomischen Bedeutung der Dienstleistungen, insbesondere der Informations- und Kommunikationsdienste, Rechnung getragen.

Das deutsche Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken basiert auf der europäischen PRODCOM-Liste. Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes zur Aktualisierung des GP haben sich deshalb im Jahr 2006 darauf konzentriert, wichtige nationale Interessen bei der Neugestaltung der PRODCOM-Liste einzubringen und die Wirtschaftsverbände und andere Datennutzer auf die Revision des GP vorzubereiten.

In der Außenhandelsstatistik werden Mengen und Werte der ein- bzw. ausgeführten Waren primär nach Warenarten und Ländern gegliedert. Als Warenklassifikation wird in den Mitgliedstaaten der EU einheitlich die zolltarifliche und statistische Nomenklatur der Europäischen Gemeinschaften (Kombinierte Nomenklatur, KN) verwendet. Sie wird vom Statistischen Bundesamt als Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik herausgegeben. Die KN basiert auf dem weltweit genutzten Harmonisierten System (HS), das etwa alle fünf Jahre überarbeitet wird, um veränderte handelspolitische Bedingungen und den technischen Fortschritt zu berücksichtigen. In der Ausgabe 2007 der KN sind die teilweise erheblichen Änderungen der zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen vierten Ausgabe des HS berücksichtigt. Von den insgesamt 97 Kapiteln dieser Klassifikation waren 80 Kapitel von den Änderungen des HS betroffen. Mehr als tausend Warennummern haben ihre Gültigkeit verloren und fast ebenso viele sind neu in das Warenverzeichnis aufgenommen worden. Das Statistische Bundesamt unterstützt wie gewohnt bei der Umstellung und berät bei der Anwendung der überarbeiteten Nomenklatur.



Personal und Haushalt des Statistischen Bundesamtes

Personalstruktur im Wandel

Im November 2006 hatte das Statistische Bundesamt 2801 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Hauptsitz in Wiesbaden waren 2017 Beschäftigte tätig und in der Zweigstelle Bonn 767. Ein Team von 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeitete in der Berliner Informationsstelle (i-Punkt) des Statistischen Bundesamtes, zu dem der Europäische Datenservice (EDS) gehört. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten (54,7%) des Statistischen Bundesamtes sind Frauen.

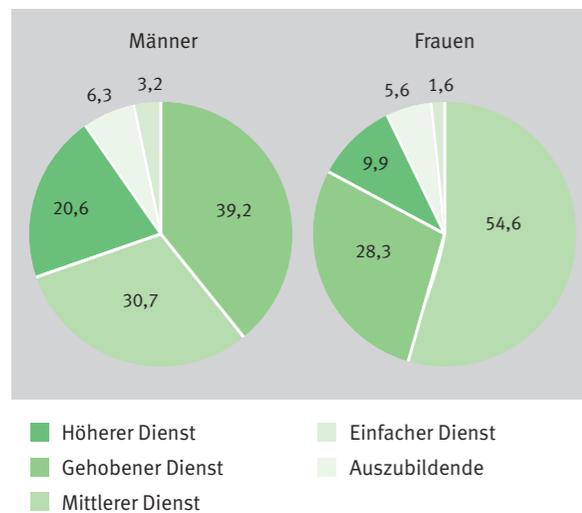
Zwischen 2000 und 2006 ist die Zahl der Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes um 217 Personen oder 7,2% zurückgegangen. Von diesem Rückgang waren aber

nicht alle Laufbahngruppen gleichermaßen betroffen. Da zunehmend mehr Aufgaben mit wissenschaftlichem Charakter an das Statistische Bundesamt gestellt werden, ist es ein Ziel des Hauses, seine Stellenstruktur diesem Aufgabenwandel anzupassen. So stieg der Anteil der Beschäftigten im höheren Dienst an allen Beschäftigten im oben genannten Zeitraum von 10,6% auf 14,4%, während der Anteil der Beschäftigten im mittleren Dienst von 52,8% auf 43,9% sank. Zu erwähnen ist ferner das Engagement des Statistischen Bundesamtes für die Berufsausbildung: Im November 2006 befanden sich 166 junge Menschen in der Ausbildung zum Fachangestellten für Bürokommunikation oder zum Fachinformatiker.

Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes in den Jahren 2000 bis 2006 nach Laufbahngruppen
(Stand jeweils Januar des betreffenden Jahres)



Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes nach Geschlecht und Laufbahngruppen (in Prozent)

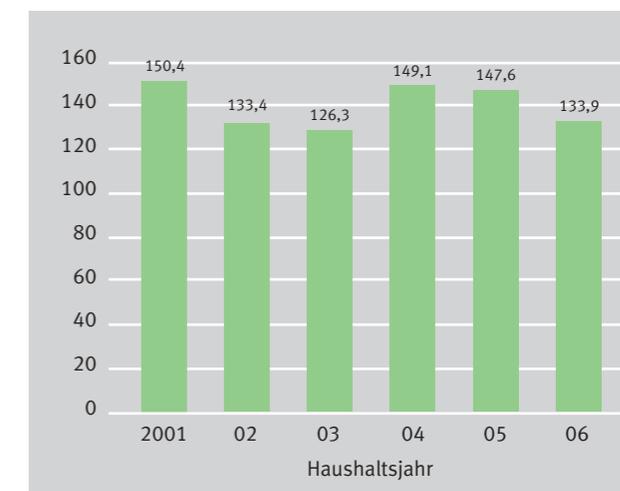


Der Haushalt des Statistischen Bundesamtes 2006

Der veranschlagte Haushalt des Statistischen Bundesamtes (Haushalts-Soll) belief sich im Jahr 2006 auf 133,9 Mill. Euro. Deutliche Mittelkürzungen insbesondere im Bereich der Sachausgaben haben dazu geführt, dass das Haushalts-Soll gegenüber dem Vorjahr um 13,7 Mill. Euro gesunken ist. Zusätzlich wurde eine „globale Minderausgabe“ von fast 9 Mill. Euro vorgegeben, sodass 2006 nur rund 125 Mill. Euro zur Verfügung standen. Davon waren rund 9,8 Mill. Euro für die begonnene Gesamtanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden vorgesehen.

Die Erstellung, Aufbereitung und Verbreitung von Statistiken ist auch bei zunehmendem Einsatz der Informationstechnik eine personalintensive Aufgabe. Der größte Ausgabenblock beim Statistischen Bundesamt sind daher traditionell die Personalausgaben: 77% der veranschlagten Ausgaben insgesamt entfielen 2006 auf den Personalbereich. Die sächlichen Verwaltungsausgaben hatten einen Anteil von 13%, auf Bau- und Beschaffungsinvestitionen zusammen entfielen 10% der veranschlagten Ausgaben.

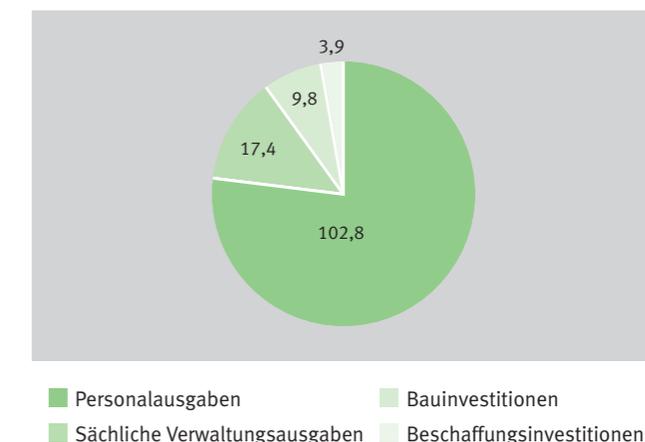
Der veranschlagte Haushalt des Statistischen Bundesamtes (Mill. Euro)



Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes nach Geschlecht und Laufbahngruppen (November 2006)

Laufbahngruppen	Insgesamt	Männer	Frauen
Insgesamt	2 801	1 269	1 532
Höherer Dienst	413	261	152
Gehobener Dienst	931	498	433
Mittlerer Dienst	1 226	389	837
Einfacher Dienst	65	41	24
Auszubildende	166	80	86

Veranschlagte Ausgaben 2006 des Statistischen Bundesamtes (Mill. Euro)



Geplanter Ressourcenverbrauch 2007 nach Produktgruppen

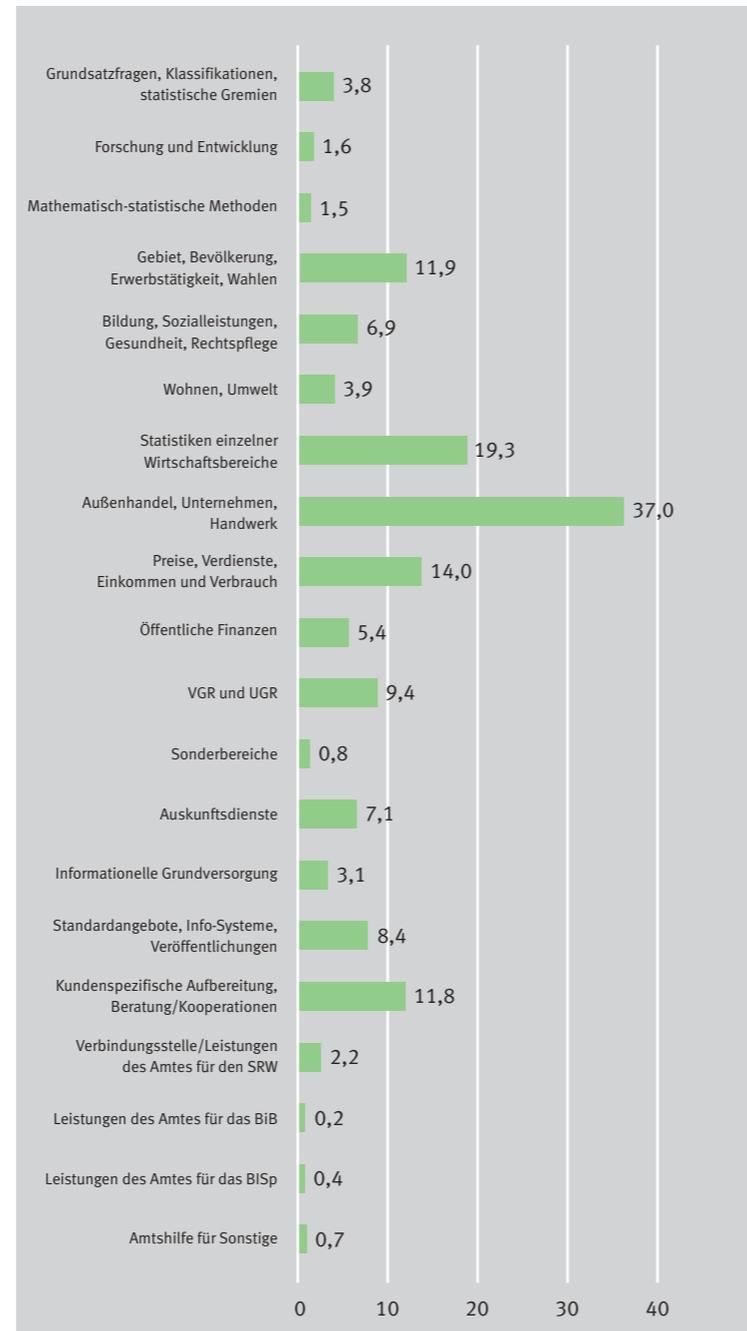
Seit dem Haushaltsjahr 2004 stellt das Statistische Bundesamt jährlich einen Produkthaushalt auf. Als wichtiges Steuerungselement liefert er Informationen darüber, wofür die Ressourcen eingesetzt werden, und schafft so eine bessere Transparenz zwischen den Zielen und den dafür eingesetzten Mitteln. In einem Produkthaushalt werden die Kosten und Erlöse abgebildet, die für die Erstellung der externen Produkte angefallen sind.

Das nebenstehende Säulendiagramm veranschaulicht die Kostenansätze für 2007 nach einzelnen Produktgruppen.

Mit rund 37 Mill. Euro sind für die Produktgruppe „Außenhandel, Unternehmen, Handwerk“ die meisten Mittel veranschlagt. Der Grund hierfür ist, dass in dieser Produktgruppe mit der Außenhandelsstatistik (Intra- und Extrahandelsstatistik) die größte zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Statistik enthalten ist.

Gemessen an der Höhe des Ressourcenverbrauchs folgen die für bestimmte Wirtschaftsbereiche (z. B. Produzierendes Gewerbe, Handel und Gastgewerbe) durchgeführten Statistiken (19,3 Mill. Euro), die Statistiken über Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch (14 Mill. Euro), die Statistiken der Bevölkerung und Erwerbstätigkeit u. a. (11,9 Mill. Euro) sowie kundenspezifische Aufbereitungen, Beratung und Kooperationsleistungen (11,8 Mill. Euro).

Geplanter Ressourcenverbrauch 2007 nach Produktgruppen (in Mill. Euro)



Gesamtsanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden

Im November 2005 startete die Gesamtsanierung des Dienstgebäudes des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. In zwei Bauabschnitten werden bis Ende 2010 das Hochhaus und die angrenzenden Nebengebäude sowie das Rechenzentrum saniert.

Rund 1000 Beschäftigte sind für die Dauer der Baumaßnahme in sieben Ausweichliegenschaften im Stadtgebiet Wiesbaden untergebracht. Zusätzlich wurden Bibliothek, Druckerei und Poststelle des Statistischen Bundesamtes verlegt.

Nach 50-jähriger Nutzung des 1956 erbauten und 1995 als Kulturdenkmal ausgezeichneten Gebäudekomplexes am Wiesbadener Gustav-Stresemann-Ring bestand dringender Sanierungsbedarf. Bei der Instandsetzung werden umfangreiche statische Ertüchtigungen und brandschutztechnische Maßnahmen vorgenommen, die einen massiven Eingriff in die Bausubstanz erfordern. Im Rahmen der Abbruchmaßnahmen wurde das Hochhaus mittlerweile bis auf die Stahlskelettkonstruktion, die aussteifenden Treppen- und Aufzugskerne sowie die Geschossdecken zurückgebaut.

Mit der tiefgreifenden Sanierung sind eine Neugestaltung der Außenfassade des Gebäudes und die Schaffung einer ansprechenden Arbeitsumgebung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden.





Interview mit der Gleichstellungsbeauftragten und der Vertrauensfrau des Statistischen Bundesamtes, Ulrike Dausmann und Anne Falter-Leitzen

Ulrike Dausmann ist seit März 1995 Gleichstellungsbeauftragte in Wiesbaden, Anne Falter-Leitzen war von Juli 2004 bis März 2007 als Vertrauensfrau der Gleichstellungsbeauftragten in der Zweigstelle Bonn tätig.

Frau Dausmann, Frau Falter-Leitzen, Ende 2001 ist das Bundesgleichstellungsgesetz (BGleig) in Kraft getreten. Welche Regelungen beinhaltet es im Kern?

Ulrike Dausmann: Das neue Bundesgleichstellungsgesetz dient der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Beseitigung bestehender und der Verhinderung künftiger Diskriminierungen wegen des Geschlechts. Nach Maßgabe dieses Gesetzes werden Frauen gefördert, um bestehende Benachteiligungen abzubauen. Ziel des Gesetzes ist es auch, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer zu verbessern. Dabei wird den besonderen Belangen behinderter und von Behinderung bedrohter Frauen Rechnung getragen.

Mit dem Gleichstellungsplan 2004 – 2007 sollen die gesetzlichen Ziele im Statistischen Bundesamt konkret umgesetzt werden. Sind hierbei bereits Fortschritte erreicht worden?

Anne Falter-Leitzen: In dem am 17. August 2006 evaluierten Gleichstellungsplan wird erstmals die Zielerreichung dargestellt. Die im Gleichstellungsplan gesetzten Ziele wurden weitestgehend erreicht, zum Teil sogar überschritten. Schon heute ist feststellbar, dass sich die Frauenanteile in den Bereichen, in denen Unterrepräsentanz besteht, weiter erhöht haben. Ferner ist zu sehen, dass auch Fortschritte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt wurden, beispielsweise durch den kontinuierlichen Ausbau von Telearbeitsplätzen sowie die Einrichtung von Eltern-Kind-Arbeitszimmern in Wiesbaden und Bonn.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das sogenannte „Gender Mainstreaming“ im Statistischen Bundesamt?

Ulrike Dausmann: Gender Mainstreaming bedeutet definitionsgemäß, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung beider Geschlechter effektiv verwirklichen zu können. Am 21. März 2006 wurde die Zielvereinbarung zur Implementierung des Gender Mainstreamings im Statistischen Bundesamt unterzeichnet. Eine Genderprüfung wurde bereits bei unserem Trainee-Programm durchgeführt. Die erste generelle Umsetzung des Gender Mainstreamings bei allen Maßnahmen der Dienststelle wird derzeit von der Verwaltung auf den Weg gebracht.

Bestehen strukturelle Unterschiede bei der Dienststelle Wiesbaden im Vergleich zur Zweigstelle Bonn?

Anne Falter-Leitzen: Zwischen den Standorten Wiesbaden und Bonn bestehen zwei wesentliche strukturelle Unterschiede: Zum einen ist der Frauenanteil im gehobenen und höheren Dienst am Standort Bonn erheblich höher als am Standort Wiesbaden. Zum anderen arbeiten in Wiesbaden wesentlich mehr Tarifbeschäftigte, während in Bonn überwiegend Beamtinnen und Beamte tätig sind.

Worin sehen Sie Ihren Aufgabenschwerpunkt in den nächsten Jahren?

Ulrike Dausmann: Meinen Aufgabenschwerpunkt für die nächsten Jahre sehe ich darin, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Abbau von Unterrepräsentanz der Frauen sowie die Förderung des Aufstiegs von Frauen während der umfangreichen Modernisierungsprozesse im Statistischen Bundesamt weiterhin umgesetzt und weiterentwickelt werden müssen.

Gender Mainstreaming

Die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern zu berücksichtigen (Gender Mainstreaming), ist auch als politisches Ziel im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für die 16. Legislaturperiode vom November 2005 festgeschrieben. Für die Förderung einer gezielten Gleichstellungspolitik sind geschlechtsspezifische Daten unverzichtbar. In der Bundesstatistik werden personenbezogene Merkmale in den meisten Fällen bereits heute getrennt nach Geschlecht nachgewiesen. Zahlreiche Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes geben einen umfassenden Überblick über die Lebenssituation von Frauen und Männern.

Auf internationaler Ebene widmet sich insbesondere die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) dem Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern. Zu diesem Zweck wurde in Zusammenarbeit mit den nationalen Statistikämtern der Mitgliedsländer eine Webseite eingerichtet, deren Fokus auf der Verbreitung und Nutzung von geschlechtsspezifischen Daten liegt. Außerdem werden dort wichtige geschlechtsspezifische Themen und Beispiele politischer Initiativen vorgestellt. Daneben organisiert die UNECE regelmäßig Workshops zur Sensibilisierung für das Thema und zur Vereinheitlichung des Indikatorensatzes. Die Gender-Datenbank sowie die Gender Statistics Website können über www.unece.org im Internet aufgerufen werden.

Organisation des Statistischen Bundesamtes
Stand: April 2007



Präsident
Walter Radermacher



Vizepräsident
Peter Weigl



Abteilung Z

Verwaltung

Dr. Werner Nowak



Abteilung I

Grundsatzfragen der Bundes- und internationalen Statistik, Informationsverbreitung

Jürgen Chlumsky



Abteilung II

Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden

Dieter Sarreither



Abteilung III

Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit

Wolfgang Strohm



Abteilung IV

Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel

Dr. Roland Gnoss



Abteilung V

Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste

Sibylle von Oppeln-Bronikowski



Abteilung VI

Wahlen, Bevölkerung, Bildung, Staat

Dr. Sabine Bechtold



Abteilung VII

Dienstleistungen, Landwirtschaft, Umwelt

Hannelore Pöschl



Abteilung VIII

Gesundheit, Soziales, Private Haushalte

Karl Müller

Organisation, Qualitätsmanagement, Controlling

Haushalt, Kosten- und Leistungsrechnung, Innerer Dienst

Projektgruppe Gesamtanierung

Personal, Aus- und Fortbildung

Rechtsangelegenheiten

Grundsatzfragen, Nationale und internationale Koordinierung

Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik

Forschungsdatenzentrum

Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design

Presse, Zentrale Informationsdienste, Bibliothek

Kooperation mit anderen Staaten, Sprachendienst

i-Punkt Berlin/EDS Europäischer Datenservice

Schriftleitung von „Wirtschaft und Statistik“

Standardkosten-Modell

Mathematisch-statistische Methoden

IT-Infrastruktur, -Produktion

IT-Entwicklung

IT-Nutzerservice, Statistische und Geo-Informationssysteme

Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts

Nationaleinkommen, Staatssektor, Außenwirtschaft

Aufbau eines Sozio-ökonomischen Berichtssystems

Input-Output-Rechnung, Vermögensrechnung

Erwerbstätigkeit

Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Unternehmensregister, Koordinierung der Unternehmensstatistiken, Klassifikationen

Konjunktur der Industrie, Produktion

Struktur der Industrie, Handwerk, Energie, Gewerbeanzeigen

Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Preise

Außenhandel

Verkehr

Verdienste und Arbeitskosten

Wahlen

Volkszählung, Bevölkerungsentwicklung

Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege

Öffentliche Haushalte und Unternehmen

Steuern

Verwaltung, Aus- und Fortbildung

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Umwelt

Dienstleistungen, Kostenstruktur, Eisen und Stahl, Auslandsberichterstattung

Gesundheit

Soziales

Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie

Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets

Information und Adressen

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon +49 (0) 611 / 75 1
Telefax +49 (0) 611 / 75 40 00
www.destatis.de

Allgemeiner Informationsservice
Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05
Telefax +49 (0) 611 / 75 33 30
Mo-Do 8 bis 17 Uhr und Fr 8 bis 15 Uhr
www.destatis.de/kontakt

Pressestelle und journalistischer Informationsservice
Telefon +49 (0) 611 / 75 34 44
Telefax +49 (0) 611 / 75 39 76
Mo-Do 8 bis 17 Uhr und Fr 8 bis 15 Uhr
presse@destatis.de
Veröffentlichungskalender der Pressestelle
www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm

Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin
EDS Europäischer Datenservice
Otto-Braun-Straße 70-72
(Eingang Karl-Marx-Allee)
10178 Berlin
Telefon +49 (0) 1888 / 6 44 94 27 oder 94 28
Telefax +49 (0) 1888 / 6 44 94 30
Mo-Do 8 bis 17 Uhr und Fr 8 bis 15 Uhr
i-punkt@destatis.de
eds@destatis.de
www.eds-destatis.de

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon +49 (0) 1888 / 6 44 1
Telefax +49 (0) 1888 / 6 44 89 90 oder 89 91

Das Statistische Bundesamt auf einen Blick

Unsere wichtigsten Aufgaben und Dienstleistungen:

- Wir produzieren zusammen mit den 14 Statistischen Landesämtern Statistiken zu Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.
- Wir versorgen mit aktiver Öffentlichkeits- und Pressearbeit Allgemeinheit und Medien mit statistischen Informationen.
- Wir bieten Informationsangebote für alle, über unsere Presse- und Auskunftsdienste, die Webseite www.destatis.de und verschiedene Online-Datenbanken.
- Wir beraten und unterstützen befragte oder auskunftgebende Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger.
- Wir leisten Methodenforschung, Politikberatung und führen Datenanalysen durch.
- Den empirischen Wissenschaften in Deutschland bietet die amtliche Statistik über das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes und das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter Zugang zu anonymisierten Mikrodaten der amtlichen Statistik.

Wir sind:

- Rund 2 800 Statistiker, davon mehr als die Hälfte Frauen.
- Wir steigern die Effizienz: Die gewachsenen Aufgaben erfüllen wir mit einer seit dem Jahr 2000 um 7% zurückgegangenen Mitarbeiterzahl.
- Wir arbeiten an den Standorten Wiesbaden (Hauptsitz), Bonn (Zweigstelle) und Berlin (i-Punkt Berlin/EDS Europäischer Datenservice).
- Eine zielgerichtete Fortbildung unserer Beschäftigten ist Bestandteil unserer Personalentwicklung.

Unsere Rahmenbedingungen:

- Im Jahr 2006 standen uns aus dem Bundeshaushalt rund 125 Mill. Euro zur Verfügung.
- Wir nutzen modernste Informationstechnologie und leisten durch unsere internetbasierten Dienstleistungen und Innovationen einen wichtigen Beitrag zum eGovernment des Bundes: Mehrfach ausgezeichnet wurde 2005 unser neues Meldeverfahren eSTATISTIK.core, mit dem Unternehmen statistische Berichtspflichten online aus ihrem betrieblichen Rechnungswesen erfüllen können.
- Wir beteiligen uns aktiv an der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems und an der internationalen Statistik-Zusammenarbeit.

Impressum Jahresbericht 2006

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Wiesbaden

Redaktion:
Ute Oechsner
ute.oechsner@destatis.de
Telefon +49 (0) 6 11 / 75 23 70
Telefax +49 (0) 6 11 / 72 40 00

Gestaltung:
KOOB/Statistisches Bundesamt

Erschienen im Mai 2007
Bestellnummer: 0000016-06700-1

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Fotorechte:
Seite 3, 4, 8, 13, 14, 19, 20, 24, 32, 33, 37, 44, 55, 60, 80, 82, 83: © Statistisches Bundesamt
Seite 6, 65: © Siemens Pressebild / sosbs200508_02_1243750, somed200606_02_1406600
Seite 22: © Fancy.Veer / F1 Online, FAN 2012046
Seite 7, 17, 23, 25, 31, 34, 36, 39, 42, 47, 52, 58, 62, 67, 70, 72, 74, 76: © KOOB
Seite 11, 69: © Getty Images / brxbxp139543, imsev020-027
Seite 26: © Pitopia / Lichtspiel, 2006 (61839)
Seite 41: © Pitopia / Ingeborg Hauenstein, 2006 (43928)
Seite 48: © corbis / 42-16477790
Seite 51: © European Community / 2007 (p-008910-00-2)
Seite 57: © Strandperle / Photodisc 200402336-001
Seite 79: © Irisblende / a_3622

